

David Harvey

Rebellische Städte

Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution

Aus dem Englischen von Yasemin Dinçer

Dass Städte politische Räume sind, verrät bereits die Herkunft des Wortes Politik vom griechischen *polis*. In Städten wird regiert und demonstriert, zuletzt in Kairo oder New York, Athen oder Madrid. In Städte wird aber auch investiert, Geld verwandelt sich in Häuser, in Wolkenkratzer und Vorortsiedlungen. Und schließlich ist Stadtplanung spätestens seit dem Umbau von Paris durch Georges-Eugène Haussmann immer zugleich ein Instrument der politischen Kontrolle. All diesen Themen geht David Harvey in *Rebellische Städte* nach. Er befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Hochhausboom und Wirtschaftskrise, mit dem rasanten Wachstum chinesischer Städte und erkundet das emanzipatorische Potenzial urbaner Protestbewegungen wie Occupy Wall Street und Recht auf Stadt.

David Harvey, geboren 1935, ist einer der einflussreichsten Sozialwissenschaftler der Gegenwart. Der überzeugte Marxist lehrte unter anderem in Oxford, an der Johns Hopkins University in Baltimore und an der London School of Economics. Er gilt als meistzitatierter Geograf der Welt.

Suhrkamp

Die Originalausgabe dieses Buches erschien unter dem Titel *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution* 2012 bei Verso (London/New York). Die Originalausgabe enthält als eine Art Anhang zwei zusätzliche, eher journalistisch angelegte Kapitel zu den Protesten in London im Jahr 2011 und zu Occupy Wall Street, die nicht in die deutsche Ausgabe übernommen wurden.

edition suhrkamp 2657

Erste Auflage 2013

Deutsche Erstausgabe

© Suhrkamp Verlag Berlin 2013

© David Harvey 2012

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: TypoForum GmbH, Seelbach

Druck: Druckhaus Nomos, Sinzheim

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12657-8

Inhalt

Vorwort: Henri Lefebvres Vision 9

Erster Teil: Das Recht auf Stadt

1. Das Recht auf Stadt	27
2. Die urbanen Wurzeln kapitalistischer Krisen	65
3. Die Erschaffung der urbanen Allmende	127
4. Die Kunst der Rente	163

Zweiter Teil: Rebelle Städte

5. Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückerobern	203
--	-----

Bildnachweise

267

Anmerkungen

269

vem Gedächtnis und Tradition Profit zu schlagen, eröffnen sie einen Raum für politisches Denken und Handeln, innerhalb dessen sozialistische Alternativen entwickelt und verfolgt werden können. Der Raum dieses Gemeinguts verdient intensive Erforschung und Kultivierung durch oppositionelle Bewegungen, die Kulturproduzenten und Kulturproduktion als Schlüsselemente ihrer politischen Strategie begreifen. Es gibt zahlreiche historische Präzedenzfälle für eine derartige Mobilisierung der Kräfte der Hochkultur (die Rolle des Konstruktivismus in den kreativen Jahren der Russischen Revolution von 1918 bis 1926 ist nur eins von vielen lehrreichen Beispielen aus der Geschichte). Auch die Populärkultur, die aus den gewöhnlichen Beziehungen im Alltagsleben entsteht, ist von Bedeutung. Hier liegt einer der entscheidenden Räume für die Hoffnung darauf, eine andere Art von Globalisierung und eine dynamische, gegen Kommodifizierung gerichtete Politik zu entwickeln – eine Politik, bei der die progressiven Kräfte der Kulturproduktion und der Transformation danach streben können, sich die Kräfte des Kapitals anzueignen und zu untergraben statt andersherum.

Zweiter Teil: Rebellische Städte

5. Die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückerobern

Wenn Urbanisierung in der Geschichte der Kapitalakkumulation eine so entscheidende Rolle spielt, und wenn sich die Mächte des Kapitals und deren unzählige Verbündete unablässig zusammentun müssen, um das urbane Leben in regelmäßigen Abständen zu revolutionieren, dann sind Klassenkämpfe irgendeiner Art unvermeidlich ein Teil davon, auch wenn sie nicht explizit als solche erkannt werden. Das ist schon allein deswegen der Fall, weil die Mächte des Kapitals heftig darum kämpfen müssen, einem urbanen Prozess und ganzen Bevölkerungsgruppen ihren Willen aufzuzwingen, die sie niemals, nicht einmal unter den günstigsten Umständen, vollkommen unter Kontrolle haben werden. Daraus folgt eine wichtige strategisch-politische Frage: In welchem Maße sollten sich antikapitalistische Kämpfe ausdrücklich auf das weite Terrain der Stadt und des Urbanen konzentrieren und sich auch dort organisieren? Und falls sie es tun sollten, wie und weshalb genau?

Die Geschichte der innerstädtischen Klassenkämpfe ist verblüffend. Die aufeinander folgenden revolutionären Bewegungen in Paris von 1789 über 1830 und 1848 bis zur Kommune von 1871 stellen das offensichtlichste Beispiel aus dem 19. Jahrhundert dar. Spätere Ereignisse umfassen den Petrograder Sowjet, die Schanghaier Kommunen von 1927 und 1967, den Generalstreik in Seattle von 1919, die Rolle Barcelonas im Spanischen Bürgerkrieg, den Aufstand in Córdoba von 1969, die allgemeinen städtischen Aufstände in den Vereinigten Staaten der sechziger Jahre und die urbanen Be-

wegungen von 1968 (in Paris, Chicago, Mexiko-Stadt, Bangkok und anderen Städten, einschließlich des sogenannten »Prager Frühlings« und Nachbarschaftsvereinen in Madrid, die etwa zur selben Zeit Bedeutung erlangten und zum Aushängeschild der Anti-Franco-Bewegung in Spanien wurden). In jüngerer Zeit konnten wir beobachten, wie diese alten Kämpfe bei den Protesten der Globalisierungsgegner von 1999 in Seattle wiederhallten (gefolgt von ähnlichen Protesten in Quebec, Genua und vielen anderen Städten als Teil einer weitverbreiteten Bewegung für eine alternative Globalisierung). Kürzlich erlebten wir Massenproteste auf dem Tahrir-Platz in Kairo, in Madison, Wisconsin, auf der Plaza del Sol in Madrid, der Plaça de Catalunya in Barcelona und dem Syntagma-Platz in Athen sowie bei revolutionären Bewegungen und Rebellionen in Oaxaca in Mexiko, in Cochabamba (2000 und 2007) und El Alto (2003 und 2005) in Bolivien. Hinzu kamen andersartige, doch genauso bedeutsame politische Eruptionen in Buenos Aires 2001-02 und Santiago de Chile (2006 und 2011).

Wie diese Geschichte zeigt, sind nicht nur einzelne urbane Zentren betroffen. Bei mehreren Gelegenheiten hat sich der ansteckende Geist von Protest und Revolte auf bemerkenswerte Weise über urbane Netzwerke ausgebreitet. Die revolutionäre Bewegung von 1848 mag von Paris ausgegangen sein, doch der Geist der Revolte breitete sich bis nach Wien, Berlin, Mailand, Budapest und Frankfurt und in viele andere europäische Städte aus. Die bolschewistische Revolution in Russland wurde von der Entstehung von Arbeiterräten und »Sowjets« in Berlin, Wien, Warschau, Riga, München und Turin begleitet. 1968 erlebten Paris, Berlin, London, Mexiko-Stadt, Bangkok, Chicago und unzählige andere Städte »Tage des Zorns« und in manchen Fällen ge-

waltsame Repressionen. In den sechziger Jahren wirkte sich die sich entfaltende urbane Krise in den Vereinigten Staaten auf mehrere Städte zugleich aus. Und am 15. Februar 2003, einem erstaunlichen, aber stark unterschätzten Moment der Weltgeschichte, versammelten sich mehrere Millionen Menschen auf den Straßen von Rom (mit etwa drei Millionen Teilnehmern die wohl größte Antikriegsdemonstration der Menschheitsgeschichte), Madrid, London, Barcelona, Berlin und Athen sowie, zwar in geringerer, doch immer noch erheblicher Anzahl (die sich aufgrund von Polizeirepressionen allerdings nicht genau bestimmen ließ) in New York und Melbourne und Tausende mehr in nahezu 200 Städten in Asien (China ausgenommen), Afrika und Lateinamerika zu einer weltweiten Demonstration gegen den drohenden Irakkrieg. Die Bewegung, die damals als vielleicht eine der ersten Äußerungen einer globalen öffentlichen Meinung beschrieben wurde, zerfiel rasch, hinterlässt jedoch das Gefühl, dass dem weltweiten urbanen Netzwerk zahlreiche politische Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die von progressiven Bewegungen noch nicht erschlossen worden sind. Die vielen von jungen Menschen angeführten Bewegungen, die wir von Kairo über Madrid bis nach Santiago auf der ganzen Welt beobachten können – von einer Revolte in London, gefolgt von Occupy Wall Street, einer Bewegung, die in New York begann und sich auf unzählige Städte in den Vereinigten Staaten und nun auch weltweit ausgedehnt hat, ganz zu schweigen –, deuten darauf hin, dass etwas Politisches in der Stadtluft liegt, das zum Ausdruck gebracht werden möchte.¹

Aus diesem kurzen Abriss der stadtbasierten politischen Bewegungen ergeben sich zwei Fragen: Ist die Stadt (oder ein System von Städten) nur ein passiver Schauplatz (oder ein bestehendes Netzwerk) – der Ort des Erscheinens –, an

dem tiefersitzende Strömungen des politischen Kampfs zum Ausdruck kommen? Oberflächlich betrachtet mag es so aussehen. Doch es steht ebenfalls fest, dass gewisse Eigenschaften der urbanen Umgebung Aufständen oder Protesten zuträglicher sind als andere – man denke an die zentrale Lage von Orten wie dem Tahrir-, Tiananmen- oder Syntagma-Platz, die im Gegensatz zu London oder Los Angeles leichter zu verbarrikadierenden Straßen von Paris, oder El Altos Position, die es erlaubt, die Hauptversorgungswege nach La Paz zu kontrollieren.

Daher versucht die politische Macht häufig, urbane Infrastrukturen und urbanes Leben mit Blick auf die Kontrolle widerspenstiger Bevölkerungsgruppen umzugestalten. Das berühmteste Beispiel dafür sind Haussmanns Boulevards in Paris, die schon damals als Mittel zur militärischen Kontrolle aufständischer Bürger verstanden wurden. Doch dies ist kein Einzelfall. Als man die Innenstädte in den Vereinigten Staaten infolge der urbanen Aufstände in den Sechzigern neu gestaltete, wurden rein zufällig die Festungen der hochwertigen Immobilien im Stadtzentrum von den verarmten innerstädtischen Vierteln durch breite Straßen voneinander getrennt (faktisch handelt es sich um Burggräben). Die gewalttätigen Auseinandersetzungen, die daraus resultierten, dass die israelischen Streitkräfte versuchten, Oppositionsbewegungen in Ramallah im Westjordanland zu bekämpfen, und dass das US-Militär gegen Rebellen in Falludscha im Irak vorging, trugen wesentlich zu der Notwendigkeit bei, die militärischen Strategien zur Befriedung, Kontrolle und Überwachung urbaner Bevölkerungen zu überdenken. Bewegungen wie Hisbollah und Hamas verfolgen ihrerseits vermehrt Strategien, bei denen die Stadt eine wichtige Rolle für die Revolte spielt. Militarisierung ist selbstverständlich

nicht die einzige Lösung (und mag, wie das Beispiel Falludscha zeigt, keineswegs die beste sein). Die geplanten Pazifizierungsprogramme in den Favelas von Rio de Janeiro sind auf Klassen- und soziale Kämpfe im urbanen Raum zugeschnitten. In unruhigen Vierteln wird eine ganze Reihe verschiedener staatlicher Konzepte angewendet. Sowohl Hisbollah als auch Hamas kombinieren militärische Operationen, die aus dichten Netzwerken in der urbanen Umgebung unternommen werden, mit dem Aufbau alternativer Strukturen städtischer Regierungsführung, die alles von Müllbeseitigung über Sozialhilfezahlungen bis zur Nachbarschaftsverwaltung umfassen.

Das Urbane wirkt also offensichtlich als wichtiger Schauplatz für politisches Handeln und für Rebellionen. Die tatsächlichen Eigenschaften eines Ortes sind von Bedeutung, und die gesellschaftliche Überarbeitung und territoriale Gestaltung dieser Orte sind eine Waffe im politischen Kampf. Bei militärischen Operationen spielen die Wahl und die Gestaltung des Orts der Kampfhandlungen eine wichtige Rolle dabei, den Ausgang einer Schlacht zu bestimmen. Ganz ähnlich trifft dies auch auf Proteste der Bevölkerung und politische Bewegungen im urbanen Rahmen zu.²

Die zweite Frage ist die nach den Auswirkungen politischer Proteste auf die städtische Wirtschaft. Schließlich beurteilen kritische Bewegungen ihre Effektivität häufig in Bezug auf ihre Fähigkeit, die ökonomischen Prozesse in den Städten zu stören. Beispielsweise versetzte ein im Frühjahr 2006 in den Vereinigten Staaten im Kongress eingebrachter Vorschlag, illegale Einwanderer (von denen einige schon seit Jahrzehnten im Land waren) zu kriminalisieren, viele Immigranten in Aufruhr. Die massiven Proteste liefen auf einen faktischen Streik der eingewanderten Arbeiter hinaus, der

die ökonomische Aktivität in Los Angeles und Chicago im Grunde stilllegte und auch in anderen Städten ernsthafte Auswirkungen hatte. Diese beeindruckende Demonstration der politischen und ökonomischen Macht nicht organisierter Immigranten (mit und ohne Aufenthaltsgenehmigung), die den Produktionsfluss sowie den Waren- und Dienstleistungsfluss in wichtigen urbanen Zentren unterbrechen kann, spielte eine entscheidende Rolle dabei, das vorgeschlagene Gesetz zu verhindern.

Die Bewegung für die Rechte der Immigranten entstand aus dem Nichts und zeichnete sich durch ein hohes Maß an Spontaneität aus. Doch dann verschwand sie ebenso rasch wieder, wobei sie neben der Vereitelung des Gesetzesvorschlags zwei geringfügige, aber womöglich bedeutsame Errungenschaften hinterließ: die Bildung eines dauerhaften Bündnisses eingewandeter Arbeiter und eine neue Tradition in den Vereinigten Staaten, den ersten Mai als Tag zu begehen, an dem für die Ansprüche der Arbeiterschaft demonstriert wird. Auch wenn die letzte Errungenschaft rein symbolisch erscheint, erinnert sie doch die nicht organisierten wie auch die organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten an ihr kollektives Wirkungsvermögen. Im raschen Niedergang der Bewegung wurde ebenfalls eins der Haupthindernisse für die Verwirklichung dieses Potenzials deutlich. Die Bewegung bestand zu großen Teilen aus Menschen lateinamerikanischer Herkunft und scheiterte daran, effektiv mit der Führungsriege der afroamerikanischen Bevölkerung zu verhandeln. Dadurch war der Weg bereitet für massive Propaganda. Die rechten Medien vergossen plötzlich Krokodilstränen darüber, dass die illegalen lateinamerikanischen Einwanderer den Afroamerikanern die Jobs wegnähmen.³

Die Geschwindigkeit und Flüchtigkeit, mit der gewaltige Protestbewegungen in den letzten paar Jahrzehnten entstanden und wieder verschwunden sind, verlangt nach einer Stellungnahme. Neben der weltweiten Antikriegsdemonstration von 2003 sowie dem Aufstieg und Niedergang der Bewegung der eingewanderten Arbeiter in den USA von 2006 gibt es unzählige weitere Beispiele dafür, dass oppositionelle Bewegungen unbeständig verliefen und sich in unterschiedlichen Regionen verschieden manifestierten. Dazu gehört die Schnelligkeit, mit der die Aufstände in den französischen Vorstädten von 2005 und die revolutionären Ausbrüche in einem großen Teil Lateinamerikas, von Argentinien (2001-02) bis Bolivien (2000-05), unter Kontrolle gebracht und von den vorherrschenden kapitalistischen Praktiken erneut absorbiert wurden. Werden der Protest der *indignados* im Süden Europas und die jüngere Occupy-Wall-Street-Bewegung Durchhaltevermögen beweisen? Die Politik und das revolutionäre Potenzial solcher Bewegungen zu verstehen ist eine ernsthafte Herausforderung. Das wechselhafte Schicksal der Bewegung der Globalisierungsgegner oder Befürworter einer alternativen Globalisierung seit den späten neunziger Jahren weist auch darauf hin, dass wir uns in einer sehr speziellen und womöglich radikal neuen Phase des antikapitalistischen Kampfes befinden. Diese Bewegung ist schwer festzunageln, da es sich eher um eine »Bewegung der Bewegungen« als eine zielgerichtete Organisation handelt.⁴ Durch das Weltsozialforum und dessen regionale Ableger erhält sie eine offizielle Form. Hinzu kommen aber auch zunehmend ritualisierte und regelmäßig wiederkehrende Demonstrationen gegen die Weltbank, den IWF, die G7 (mittlerweile G20) oder nahezu jede andere internationale Versammlung zu jedem beliebigen Thema (vom Klimawan-

del über Rassismus bis zur Gleichstellung der Geschlechter). Es ist nicht so, dass die traditionellen Formen linker Organisation (linke Parteien und militante Sekten, Gewerkschaften und militante Umwelt- und soziale Bewegungen wie die Maoisten in Indien oder die Bewegung der landlosen Bauern in Brasilien) verschwunden wären. Doch sie scheinen heute alle in einem Ozean aus diffuseren Oppositionsbewegungen zu schwimmen, denen ein übergreifender politischer Zusammenhalt fehlt.

Linke Perspektiven auf die antikapitalistischen Kämpfe verändern

Die übergreifende Frage, die ich hier thematisieren möchte, lautet: Sind die urbanen Manifestationen all dieser unterschiedlichen Bewegungen irgendetwas anderes als bloße Begleiterscheinungen globaler, kosmopolitischer oder gar universeller menschlicher Bestrebungen, die nicht ausdrücklich etwas mit den Eigentümlichkeiten des urbanen Lebens zu tun haben? Oder wohnt dem urbanen Prozess und der urbanen Erfahrung – den Eigenschaften des täglichen urbanen Lebens – im Kapitalismus etwas inne, das *an sich* das Potenzial zur Begründung antikapitalistischer Kämpfe hat? Wenn ja, was konstituiert diese Begründung und wie kann sie mobilisiert und eingesetzt werden, um die herrschende politische und ökonomische Macht des Kapitals herauszufordern, gemeinsam mit ihren hegemonialen ideologischen Praktiken und ihrem machtvollen Aufgreifen politischer Subjektivitäten (der letzte Punkt ist meiner Ansicht nach entscheidend)? Anders ausgedrückt, sollten Kämpfe innerhalb der und um die Stadt sowie um die Qualitäten und Per-

spektiven des urbanen Lebens als grundlegend für eine antikapitalistische Politik angesehen werden?

Ich behaupte nicht, dass die Antwort auf diese Frage »offensichtlich ja« lautet. Allerdings behaupte ich, dass diese Frage grundsätzlich gestellt werden sollte.

Große Teile der traditionellen Linken (womit ich hauptsächlich sozialistische und kommunistische Parteien sowie die meisten Gewerkschaften meine) interpretierten die historische Geografie urbaner politischer Bewegungen mithilfe von politischen und taktischen A-priori-Annahmen, wodurch sie die Fähigkeit urbaner Bewegungen, einen nicht nur radikalen, sondern auch revolutionären Wandel herbeizuführen, unterschätzten und missdeuteten. Per definitionem werden urbane soziale Bewegungen häufig als etwas betrachtet, das mit den Klassen- und antikapitalistischen Kämpfen, die aufgrund der Ausbeutung und Entfremdung der lebendigen Arbeit in der Produktion entstehen, nicht verknüpft oder ihnen untergeordnet ist. Wenn urbane soziale Bewegungen überhaupt wahrgenommen werden, werden sie typischerweise entweder als reine Nebenzweige oder als Verlagerungen dieser fundamentalen Kämpfe ausgelegt. Innerhalb der marxistischen Tradition neigt man etwa dazu, urbane Kämpfe entweder zu ignorieren oder sie als völlig frei von revolutionärem Potenzial oder revolutionärer Bedeutung abzutun. Nach diesem Verständnis drehen sich solche Kämpfe entweder um Probleme der Reproduktion statt der Produktion oder um Rechte, Souveränität und Bürgerschaft, also nicht um Klassenunterschiede. Der Bewegung der unorganisierten eingewanderten Arbeiter von 2006, so die Argumentation, ging es im Kern darum, Rechte einzufordern, und nicht darum, eine Revolution anzuzetteln.

Wenn einem stadtweiten Kampf doch einmal revolutio-

näre Bedeutung zugesprochen wird, wie etwa der Pariser Kommune von 1871, wird er (zuerst von Marx, dann sogar noch nachdrücklicher von Lenin) als eine »Erhebung des Proletariats«⁵ gewertet, statt als viel komplexere revolutionäre Bewegung – die sowohl durch den Wunsch angeregt ist, die Stadt selbst aus der bürgerlichen Aneignung zurückzuerobern, als auch durch die ersehnte Befreiung der Arbeiter aus den Mühsalen der Klassenunterdrückung am Arbeitsplatz. Ich glaube, es ist bezeichnend, dass die ersten beiden Handlungen der Pariser Kommune darin bestanden, die Nacharbeit in den Bäckereien abzuschaffen (eine Arbeitsfrage) und ein Mietmoratorium anzuordnen (eine urbane Frage). Traditionelle linke Gruppierungen können sich also gelegentlich an urbanen Kämpfen beteiligen und sind dabei auch häufig erfolgreich, selbst wenn sie versuchen, ihren Kampf aus ihrer traditionellen Perspektive der Arbeiter zu interpretieren. Beispielsweise führte die britische Socialist Workers' Party in den Achtzigern einen erfolgreichen Kampf gegen Thatchers *poll tax* (eine Kopfsteuer, die die kommunale Finanzierung reformieren sollte und dabei die weniger Wohlhabenden besonders hart traf). Die Auseinandersetzungen um die *poll tax*, waren sicherlich ein Grund für den Sturz von Thatcher.

Der antikapitalistische Kampf im formalen marxistischen Sinn strebt im Wesentlichen danach, das Klassenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Produktion zu beseitigen, das die Erzeugung des Mehrwerts und dessen Aneignung durch das Kapital ermöglicht. Sein oberstes Ziel besteht darin, dieses Klassenverhältnis und alles damit Verbundene abzuschaffen, unabhängig davon, wo es auftritt. Äußerlich scheint dieses revolutionäre Ziel nichts mit der Urbanisierung an sich zu tun zu haben. Selbst wenn dieser

Kampf durch das Prisma von Hautfarbe, Ethnizität, Sexualität und Geschlecht gesehen werden muss (und das muss er immer), und selbst wenn er sich durch urbane interethnische, rassistische und genderspezifische Konflikte innerhalb des Lebensraums der Stadt entfaltet, gehen viele Linke nach wie vor davon aus, dass der antikapitalistische Kampf letztendlich tief ins Innere des kapitalistischen Systems greifen und den Krebstumor der Klassenverhältnisse in der Produktion herausreißen muss.

Auch wenn es sich um eine verkürzte Beschreibung handelt, so wäre es dennoch zutreffend zu behaupten, im Allgemeinen hätten die Arbeiterbewegungen lange Zeit den Fabrikarbeitern der Welt eine Vorreiterrolle in dieser Mission zugesprochen. In den revolutionären Modellen der Marxisten stehen sie an der Spitze des Klassenkampfes und führen durch die Diktatur des Proletariats eine bessere Welt herbei, in der Staat und Klasse absterben. Ebenso zutreffend ist allerdings die Bemerkung, dass sich die Dinge niemals auf diese Weise entwickelt haben.

Marx zufolge sollten vereinte Arbeiter, die ihre eigenen Produktionsprozesse und -protokolle kontrollieren, das Klassenverhältnis der Beherrschung in der Produktion verdrängen. Diese Sichtweise passt zu einer langen Geschichte des politischen Strebens nach Arbeiterkontrolle, *autogestión* (meist übersetzt als »Selbstverwaltung«), Arbeitergenossenschaften und Ähnlichem.⁶ Diese Kämpfe entstanden nicht unbedingt aus einem bewussten Versuch heraus, Marx' theoretische Rezepte zu befolgen (tatsächlich verhält es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eher umgekehrt: Marx' theoretische Einsichten reflektierten diese Kämpfe). Auch wurden sie in der Praxis nicht unbedingt als Schritte auf dem Weg hin zu einem vollständigen revolutionären Neuaufbau

der Gesellschaftsordnung aufgefasst. Häufiger entstanden sie aus der einfachen Erkenntnis heraus, zu der Arbeiter an vielen Orten zu verschiedenen Zeiten selbst gelangten, dass es viel gerechter, weniger repressiv und eher im Einklang mit ihrem Selbstwertgefühl und ihrer Selbstachtung wäre, wenn sie ihre sozialen Beziehungen und Produktionsaktivitäten selbst gestalten würden, statt sich dem Diktat eines oftmals despotischen Vorgesetzten beugen zu müssen, der all ihre Leistungsfähigkeit für entfremdete Arbeit beansprucht. Doch Versuche, die Welt durch Arbeiterkontrolle und vergleichbare Bewegungen zu verändern – etwa Projekte in Gemeinschaftsbesitz, »moralische« Ökonomien, »Solidarwirtschaft«, lokale wirtschaftliche Handelssysteme und Tauschhandel oder die Schaffung autonomer Räume (das berühmteste Beispiel dafür sind heutzutage wohl die Zapatistas in Mexiko) –, haben sich bislang noch nicht als brauchbare Vorlage für antikapitalistische Lösungen auf globaler Ebene erwiesen, trotz der noblen Bemühungen und der vielen Opfer, die aufgrund heftiger Anfeindungen und Repressionen erbracht werden mussten, um diese Bestrebungen aufrechtzuerhalten.⁷

Der Hauptgrund dafür, dass sich diese Initiativen nicht langfristig zu einer globalen Alternative zum Kapitalismus verbinden, ist recht einfach. Alle Unternehmen, die in einer kapitalistischen Wirtschaft operieren, unterliegen den »Zwangsgesetzen der Konkurrenz«, die die kapitalistischen Gesetze von Wertproduktion und -realisierung stützen. Wenn jemand ein Produkt, das meinem ähnelt, zu niedrigeren Kosten herstellt, dann gehe ich entweder pleite oder passe meine Produktionsmethoden so an, dass ich meine Produktivität steigern oder meine Kosten für Arbeitskräfte, Zwischengüter und Rohstoffe senke. Kleine Unternehmen,

die nur lokal tätig sind, können noch unbemerkt und außerhalb der Reichweite der Gesetze der Konkurrenz arbeiten (etwa wenn sie zu lokalen Monopolen werden), doch das gilt nur für die wenigsten. Daher kann man bei vielen von Arbeitern kontrollierten oder genossenschaftlichen Unternehmen ab einem gewissen Punkt die Tendenz beobachten, dass sie ihre kapitalistischen Konkurrenten nachahmen, und je mehr sie dies tun, desto weniger unterscheiden sich ihre Methoden. Tatsächlich kann es ohne Weiteres geschehen, dass sich Arbeiter in einem Zustand kollektiver Selbstausbeutung wiederfinden, der genauso repressiv ist wie der vom Kapital auferlegte.

Wie Marx außerdem im zweiten Band des *Kapitals* zeigt, umfasst der Kreislauf des Kapitals drei verschiedene Zirkulationsprozesse von Geld-, produktivem und Warenkapital.⁸ Keiner dieser Zirkulationsprozesse kann ohne die anderen fortbestehen oder auch nur existieren: Sie vermischen sich und bestimmen sich gegenseitig. Arbeiterkontrolle oder Gemeinschaftskollektive in relativ isolierten Produktionseinheiten können – trotz all der hoffnungsvollen Rhetorik von *autonomista*, *autogestion* und Anarchie – angesichts eines feindlichen finanziellen Umfelds und Kreditystems sowie der räuberischen Methoden des Handelskapitals kaum überleben. Die Macht des Finanzkapitals und des Handelskapitals (das Wal-Mart-Phänomen) ist besonders in den letzten Jahren zu neuem Leben erwacht (dieses Thema wird in der gegenwärtigen linken Theorie oft vernachlässigt). Was zu tun ist im Hinblick auf diese Zirkulationsprozesse und die Klassenmächte, die sich um sie herum herauskristallisieren, stellt heute also einen großen Teil des Problems dar. Schließlich sind es die Urkräfte, durch die das eiserne Gesetz der kapitalistischen Wertbestimmung operiert.

Die theoretische Schlussfolgerung, die sich daraus ergibt,

ist offensichtlich. Die Beseitigung des Klassenverhältnisses in der Produktion ist abhängig von der Beseitigung der Macht des kapitalistischen Wertgesetzes, die Konditionen der Produktion durch freien Handel auf dem Weltmarkt zu diktieren. Der antikapitalistische Kampf darf sich nicht nur mit Organisation und Reorganisation innerhalb des Arbeitsprozesses beschäftigen, so grundlegend dies auch sein mag. Er muss darüber hinaus eine politische und gesellschaftliche Alternative zur Wirksamkeit des kapitalistischen Wertgesetzes auf dem gesamten Weltmarkt finden. Arbeiterkontrolle oder kommunitaristische Bewegungen können aus den konkreten Einsichten von Menschen entstehen, die gemeinsam an Produktion und Konsumtion beteiligt sind. Um die Wirksamkeit des kapitalistischen Wertgesetzes auf der Weltbühne zu bekämpfen, sind hingegen ein theoretisches Verständnis der makroökonomischen Wechselbeziehungen sowie eine neue Form der Einsicht in die technischen und organisatorischen Vorgänge nötig. Die Schwierigkeit liegt darin, die politische und organisatorische Fähigkeit zu entwickeln, die Organisation der internationalen Arbeitsteilung, der Tauschverfahren und der Beziehungen am Weltmarkt zu gestalten und sie zu kontrollieren. Sich von diesen Beziehungen abzukoppeln, wie manche es nun vorschlagen, ist aus mehreren Gründen nahezu unmöglich. Zum einen erhöht dies die Anfälligkeit für lokale Hungersnöte sowie für soziale und sogenannte natürliche Katastrophen. Zum anderen hängen effektives Management und Überleben fast immer von der Verfügbarkeit anspruchsvoller Produktionsmittel ab. Zum Beispiel ist die Fähigkeit, Ströme durch eine Warenkette hindurch bis zu einem Arbeiterkollektiv zu koordinieren (von den Rohstoffen bis zu den fertigen Produkten), davon abhängig, dass Energiequellen und Technolo-

gien verfügbar sind – etwa Elektrizität, Mobiltelefone, Computer und Internet –, die aus jener Sphäre beschafft werden, in der die kapitalistischen Gesetze der Wertschöpfung und -zirkulation vorherrschen.

Angesichts dieser offenkundigen Schwierigkeiten wandten sich viele Kräfte der traditionellen Linken im Laufe der Geschichte einem anderen Ziel zu. Ihr Hauptanliegen bestand nun darin, die Staatsmacht an sich zu reißen. Diese Macht konnte dann genutzt werden, um Kapital- und Geldströme zu regulieren und kontrollieren, durch rationale Planung nicht vom Markt bestimmte (und nicht-kommodifizierte) Tauschsysteme einzurichten und durch organisierten und bewusst geplanten Neuaufbau der internationalen Arbeitsteilung eine Alternative zu den kapitalistischen Gesetzen der Wertbestimmung zu schaffen. Unfähig, dieses System auf globale Ebene zu transportieren, entschieden sich kommunistische Länder von der Russischen Revolution an dafür, sich weitestgehend vom kapitalistischen Weltmarkt zu isolieren. Das Ende des Kalten Krieges, der Kollaps des Sowjetreichs und die Verwandlung Chinas in eine Ökonomie, in der das kapitalistische Wertgesetz sich vollständig durchgesetzt hat, resultierte in der weitverbreiteten Auffassung, diese spezielle antikapitalistische Strategie sei kein gangbarer Weg, der zum Sozialismus führt. Die in Teilen sozialdemokratische Idee, der zentral organisierte Staat könne durch Protektionismus, Importsubstitution (wie etwa in den sechziger Jahren in Lateinamerika), Fiskalpolitik und Regelung der Sozialfürsorge auch vor den Mächten des Weltmarkts schützen, wurde Schritt für Schritt aufgegeben, als die neoliberalen konterrevolutionären Bewegungen seit Mitte der siebziger Jahre genügend Auftrieb erhielten, um die Staatsapparate zu dominieren.⁹

Die ziemlich düsteren Erfahrungen des zentral organisierten Stalinismus und des Kommunismus, wie er tatsächlich praktiziert wurde, sowie das letztendliche Scheitern des sozialdemokratischen Reformismus und Protektionismus als Widerstand gegen den wachsenden Einfluss des Kapitals auf den Staat und seine Politik führte bei einem Großteil der heutigen Linken zu folgender Schlussfolgerung: Entweder muss der Staat »zerschlagen« werden, um einer revolutionären Transformation den Weg zu bereiten, oder die einzig realisierbare Möglichkeit, einen revolutionären Wandel herbeizuführen, besteht darin, die Produktion innerhalb des Staates autonom zu organisieren. Die Bürde der Politik verlagert sich damit wieder auf eine Form der Arbeiter-, Gemeinschafts- oder lokal begrenzten Kontrolle. Dabei wird vorausgesetzt, dass die repressive Macht des Staats »absterben« kann, wenn oppositionelle Bewegungen unterschiedlicher Art – Fabrikbesetzungen, Solidarwirtschaften, kollektive autonome Bewegungen, landwirtschaftliche Genossenschaften und Ähnliches – innerhalb der Zivilgesellschaft an Dynamik gewinnen. Das Ergebnis könnte man als »Termitentheorie« des revolutionären Wandels bezeichnen: An der institutionellen und materiellen Unterstützung des Kapitals wird so lange genagt, bis sie zusammenbricht. Der Begriff ist nicht abschätzig gemeint. Termiten können furchtbare Schäden anrichten, die oftmals vor einer raschen Entdeckung verborgen sind. Das Problem ist nicht der Mangel an potenzieller Effektivität; es liegt vielmehr darin, dass das Kapital sowohl in der Lage als auch nur allzu bereit ist, die Kammerjäger (Staatsmächte) zur Bekämpfung des angerichteten Schadens herbeizurufen, wenn dieser zu offensichtlich und bedrohlich wird. Dann besteht nur noch die Hoffnung, dass die Kammerjäger sich entweder gegen ihre Dienstherrn

wenden (was sie in der Vergangenheit bereits einige Male getan haben) oder im Laufe militärischer Auseinandersetzungen bezwungen werden – ein recht unwahrscheinlicher Ausgang, abgesehen von speziellen Umständen wie etwa denen in Afghanistan. Dabei gibt es jedoch leider keine Garantie dafür, dass die daraufhin entstehende Gesellschaftsform weniger barbarisch ist als diejenige, die ersetzt wird.

Die Ansichten darüber, was wie funktionieren kann, werden im breiten Spektrum der Linken mit Vehemenz vertreten und ebenso heftig verteidigt (oftmals starrköpfig und dogmatisch). Wer eine bestimmte Denk- und Handlungsweise hinterfragt, provoziert meist schmähende Erwidern. Die Linke als Ganzes ist verhext von einem alles verzehrenden »Fetischismus der organisatorischen Form«. Die traditionelle Linke (kommunistisch und sozialistisch orientiert) unterstützte und verteidigte üblicherweise ein Modell des demokratischen Zentralismus (in politischen Parteien, Gewerkschaften und Ähnlichem). Mittlerweile wurden die Grundsätze allerdings oft weiterentwickelt – wie etwa »Horizontalität« und »Hierarchiefreiheit« – oder sind zu Visionen radikaler Demokratie und des Regierens von Gemeingütern geworden. Für kleine Gruppen können sie funktionieren, aber es ist unmöglich, sie für eine Metropolregion umzusetzen, und für eine Weltbevölkerung von derzeit sieben Milliarden Menschen funktionieren sie erst recht nicht. Programmatische Prioritäten werden dogmatisch vorgebracht, beispielsweise die Abschaffung des Staates, als wäre eine alternative Form des territorialen Regierens unter keinen Umständen notwendig oder nützlich. Selbst der altherwürdige Sozialanarchist und Staatskritiker Murray Bookchin vertritt mit seiner Theorie des Konföderalismus energisch die Notwendigkeit eines territorialen Regierens, ohne das

auch die Zapatistas, um nur ein jüngeres Beispiel zu nennen, sicherlich eine Niederlage erlitten hätten: Ihre organisatorische Struktur wird häufig fälschlicherweise als vollkommen hierarchiefrei und »horizontal« dargestellt, doch in Wirklichkeit treffen die Zapatistas ihre Entscheidungen mittels demokratisch gewählter Delegierter und Beauftragter.¹⁰ Andere Gruppen konzentrieren ihre Bemühungen auf die Wiederherstellung historischer und indigener Auffassungen von Naturrechten, oder bestehen darauf, dass Fragen von Gender, Rassismus, Antikolonialismus oder Indigenität eine höhere Priorität beigemessen werden muss als dem Verfolgen einer antikapitalistischen Politik, wenn sie diese nicht gar völlig ausschließen. All das steht im Widerspruch zur vorherrschenden Selbstwahrnehmung innerhalb dieser sozialen Bewegungen, die zu der Vorstellung neigen, es gäbe keine lenkende oder übergreifende organisatorische Theorie, sondern lediglich eine Reihe von intuitiven und flexiblen Praktiken, die sich »natürlich« aus bestimmten Situationen heraus ergeben. Wie wir noch sehen werden, haben sie damit auch nicht ganz unrecht.

Obendrein fehlen allgemein akzeptierte konkrete Vorschläge, wie Arbeitsteilung und (monetisierte?) wirtschaftliche Transaktionen auf der ganzen Welt umgestaltet werden sollen, um einen angemessenen Lebensstandard für alle zu gewährleisten. Tatsächlich weicht man diesem Problem häufig ungeniert aus. Wie es David Graeber, einer der führenden Denker des Anarchismus, ausdrückt und dabei Murray Bookchins oben dargelegte Vorbehalte nachklingen lässt:

Temporäre Sphären der Autonomie müssen sich allmählich in dauerhafte, freie Gemeinschaften verwandeln. Damit dies geschehen kann, dürfen diese Gemeinschaften allerdings nicht völlig isoliert voneinander existieren; ebenso wenig dürfen die

Beziehungen, die sie mit allen anderen um sie herum unterhalten, von andauerndem Konflikt geprägt sein. Sie müssen einen Weg finden, sich mit den größeren ökonomischen, gesellschaftlichen oder politischen Systemen auseinanderzusetzen, die sie umgeben. Das ist äußerst kompliziert, da es sich für radikal demokratisch organisierte Gruppen bisher als extrem schwierig erwiesen hat, sich in irgendeiner sinnvollen Weise in größere Strukturen einzufügen, ohne ständig Kompromisse hinsichtlich ihrer Grundprinzipien einzugehen.¹¹

Die chaotischen Prozesse der kapitalistischen schöpferischen Zerstörung haben die kollektive Linke heute offensichtlich auf einen Zustand reduziert, in dem sie zwar energisch, aber zersplittert und ohne Zusammenhang agiert, auch wenn regelmäßige Ausbrüche massenhaften Protests und die nagende Bedrohung einer »Termitenpolitik« nahelegen, dass die objektiven Voraussetzungen für einen radikaleren Bruch mit dem kapitalistischen Wertgesetz mehr als gegeben sind.

Im Zentrum all dessen liegt jedoch ein einfaches strukturelles Dilemma: Wie kann die Linke die Notwendigkeit, sich aktiv in die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten der Wertbestimmung auf dem Weltmarkt einzubringen, mit dem Entwurf einer Alternative zu eben diesen Gesetzen verbinden, während sie die vereinigten Arbeiter dabei unterstützt, sich selbst zu verwalten und demokratisch und kollektiv darüber zu entscheiden, was sie auf welche Weise produzieren werden? Dies ist die zentrale dialektische Spannung, die den ehrgeizigen Bestrebungen der antikapitalistischen alternativen Bewegungen bislang entgangen ist.¹²

Wenn eine überlebensfähige antikapitalistische Bewegung entstehen soll, dann müssen vergangene und aktuelle antikapitalistische Strategien neu bewertet werden. Es ist nicht nur unerlässlich, einen Schritt zurückzutreten und darüber nachzudenken, was von wem wo getan werden kann und muss. Ebenso wichtig ist die Anpassung der bevorzugten organisatorischen Prinzipien und Methoden an die Eigenschaften der politischen, gesellschaftlichen und technischen Kämpfe, die ausgetragen und gewonnen werden müssen. Welche Lösungen, Ansätze, Organisationsformen und politischen Agenden auch immer vorgeschlagen werden, sie alle müssen Antworten auf die folgenden drei unabdingbaren Fragen finden:

1) Die erste betrifft die erdrückende materielle Armut eines großen Teils der Weltbevölkerung samt der damit einhergehenden Verhinderung des Potenzials für die volle Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Gestaltungskräfte. Marx war in erster Linie ein überragender Philosoph des menschlichen Gedeihens, doch er erkannte, dass »[d]as Reich der Freiheit« erst da beginnt, »wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeiten bestimmt ist, aufhört«.¹³ Es sollte offensichtlich sein, dass man den Problemen der globalen Akkumulation von Armut nicht entgegen treten kann, ohne gegen die obszöne globale Akkumulation von Reichtum anzugehen. Organisationen, die gegen Armut kämpfen, müssen sich zu einer Politik bekennen, die sich gegen Reichtum wendet, und zur Konstruktion alternativer gesellschaftlicher Beziehungen, die sich von den im Kapitalismus vorherrschenden unterscheiden.

2) Die zweite Frage leitet sich von den deutlich zu erken-

nenden und unmittelbar bevorstehenden Gefahren der außer Kontrolle geratenen Umweltzerstörung und ökologischen Transformation ab. Sie ist ebenfalls nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige und moralische Frage. Im Zentrum stehen unsere Wahrnehmung der Natur und unsere materielle Beziehung zu ihr. Das Problem kann nicht rein technologisch gelöst werden. Es bedarf bedeutender Veränderungen des Lebensstils (zum Beispiel müssen die politischen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen von siebzig Jahren Suburbanisierung rückgängig gemacht werden) und eines grundsätzlichen Wandels im Konsumverhalten sowie der institutionellen Arrangements. Darüber hinaus müssen wir die Überzeugung aufgeben, mehr Produktivität und Wachstum sei stets von Vorteil.

3) Die dritte Gruppe von Fragen, die die ersten beiden untermauert, ergibt sich aus einem historischen und theoretischen Verständnis des unvermeidlichen Verlaufs des kapitalistischen Wachstums. Aus verschiedenen Gründen ist Wachstum eine unbedingte Voraussetzung für die kontinuierliche Akkumulation und Reproduktion des Kapitals. Es ist das sozial konstruierte und historisch spezifische Gesetz der endlosen Kapitalakkumulation, das hinterfragt und letztlich abgeschafft werden muss. Unendliches Wachstum (beispielsweise um mindestens drei Prozent) ist schlicht unmöglich. Das Kapital hat heute einen Wendepunkt (nicht gleichbedeutend mit einer Sackgasse) in seiner langen Geschichte erreicht, an dem langsam erkannt wird, dass dies aus immanenten Gründen unmöglich ist. Jede antikapitalistische Alternative muss die Macht des kapitalistischen Wertgesetzes beseitigen, die Regeln des Weltmarkts zu bestimmen. Dafür muss das herrschende Klassenverhältnis abgeschafft werden, das die fortwährende Ausweitung von Mehrwert-

produktion und -realisierung unterstützt und fordert. Dieses Klassenverhältnis erzeugt die zunehmend ungleiche Verteilung von Reichtum und Macht sowie das pathologische Streben nach unendlichem Wachstum, das einen so zerstörerischen Druck auf die globalen gesellschaftlichen Verhältnisse und Ökosysteme ausübt.

Wie können sich progressive Mächte nun organisieren, um diese Probleme zu lösen, und wie kann die bisher vernachlässigte Dialektik zwischen der Notwendigkeit von lokaler Arbeiterkontrolle und globaler Koordinierung bewältigt werden? In diesem Kontext möchte ich zu der grundlegenden Frage dieser Untersuchung zurückkehren: Können urbane soziale Bewegungen eine konstruktive Rolle spielen und den antikapitalistischen Kampf in diesen drei Dimensionen beeinflussen? Für eine (zumindest teilweise) Antwort müssen wir das Wesen der Klasse fundamental anders konzeptualisieren und das Terrain des Klassenkampfes neu definieren.

Die Vorstellung von Arbeiterkontrolle, die bislang das alternative linke politische Denken dominierte, ist problematisch. Der Fokus des Kampfes lag auf dem Betrieb und der Fabrik als privilegiertem Standort der Mehrwertproduktion. Die industrielle Arbeiterklasse galt traditionell als Vorhut des Proletariats, als seine größte revolutionäre Kraft. Doch nicht die Fabrikarbeiter haben die Pariser Kommune hervorgebracht. Aus diesem Grund existiert eine abweichende und einflussreiche Sichtweise auf die Kommune, die besagt, dass sie überhaupt kein proletarischer Aufstand und keine Klassenbewegung gewesen sei, sondern eine urbane soziale Bewegung, die Bürgerrechte sowie das Recht auf Stadt zurückforderte. Daher sei sie nicht antikapitalistisch gewesen.¹⁴

Ich sehe keinen Grund dafür, weshalb sie nicht sowohl als Klassenkampf als auch als Kampf für Bürgerrechte am Wohnort der Arbeiter interpretiert werden kann. Zunächst einmal beschränkt sich die Dynamik der Klassenausbeutung nicht auf den Arbeitsplatz. Ganze Wirtschaftssysteme der Enteignung und der räuberischen Methoden – etwa diejenigen, die ich im zweiten Kapitel am Beispiel der Immobilienmärkte beschrieben habe –, belegen dies. Diese sekundären Formen der Ausbeutung werden vorwiegend von Händlern, Vermietern sowie Geldgebern organisiert und wirken sich hauptsächlich auf den Wohnraum aus und nicht auf die Fabriken. Diese Formen der Ausbeutung sind und waren stets entscheidend für die gesamte Dynamik der Kapitalakkumulation und des Fortbestands von Klassenmacht. Durch Handelskapitalisten, Vermieter und, unter heutigen Bedingungen, sogar noch brutaler durch Kredithändler, Banker und Finanziers können beispielsweise Lohnzugestände an Arbeiter für die kapitalistische Klasse als Ganzes ausgeglichen werden. Methoden der Akkumulation durch Enteignung, Mietpreise, Geldwucher und Profitgier machen den Kern vieler Schwierigkeiten aus, die das tägliche Leben der Masse der Bevölkerung prägen. Urbane soziale Bewegungen bilden sich typischerweise in Reaktion auf solche Fragen. Sie entstehen aufgrund der Art und Weise, in der das Fortbestehen von Klassenmacht mit der Organisation des Privatlebens und der Arbeit verknüpft ist. Bei urbanen sozialen Bewegungen geht es daher immer auch um Klasse, selbst wenn sie ihre Forderungen hauptsächlich in Bezug auf Rechte, Bürgerschaft (*citizenship*) und die Mühen der sozialen Reproduktion artikulieren.

Die Tatsache, dass sich diese Schwierigkeiten auf den Waren- und Geld- statt auf den Produktionskreislauf des

Kapitals beziehen, spielt gar keine Rolle: Tatsächlich ist es sogar ein großer theoretischer Vorteil, die Dinge auf diese Weise neu zu konzeptualisieren, weil es die Aufmerksamkeit auf jene Aspekte der Kapitalzirkulation lenkt, die so oft zur Nemesis der Versuche werden, Arbeiterkontrolle in der Produktion herzustellen. Die Kapitalzirkulation als Ganzes ist von Bedeutung (und nicht nur, was im produktiven Kreislauf geschieht), weshalb sollte es also die kapitalistische Klasse interessieren, ob der Wert nun aus den Waren- und Geldkreisläufen herausgezogen wird oder direkt aus dem produktiven Kreislauf? Der Unterschied zwischen dem Ort, an dem Mehrwert produziert, und dem Ort, an dem er realisiert wird, ist theoretisch wie praktisch von entscheidender Bedeutung. Wenn sie hohe Mieten verlangen, können Vermieter den Arbeitern den Wert, der in der Produktion erzeugt wird, abknöpfen und ihn wieder der kapitalistischen Klasse zuführen.

Außerdem wird die Urbanisierung selbst produziert. Tausende Arbeiter sind mit ihrer Produktion beschäftigt, und ihre Arbeit bringt Wert und Mehrwert hervor. Warum sollte man sich daher nicht auf die Stadt anstelle der Fabrik als wichtigsten Ort der Mehrwertproduktion konzentrieren? Das ermöglicht ein neues Verständnis der Pariser Kommune als einer Bemühung des Proletariats, das die Stadt produziert hat, das Recht auf Besitz und Kontrolle des von ihm Produzierten zurückzufordern. Dies ist (und war es im Fall der Pariser Kommune) eine ganz andere Art von Proletariat als das, dem ein großer Teil der Linken gewöhnlich eine Vorreiterrolle zuweist. Es ist charakterisiert durch Unsicherheit, episodische, befristete und räumlich zerstreute Beschäftigung, und es lässt sich nur schwer innerhalb der Arbeitsstätten organisieren. Doch in jenen Teilen der Welt, die

durch fortgeschrittenen Kapitalismus gekennzeichnet sind, gibt es heute kaum noch ein klassisches Fabrikproletariat. Wir haben nun also die Wahl: Wir können bedauern, dass eine Revolution nicht länger möglich ist, weil dieses Proletariat verschwunden ist. Oder wir verändern unser Verständnis des Proletariats, so dass es die Horden der unorganisierten Urbanisierungsproduzenten einschließt (etwa die, die sich in den Märschen für die Rechte der Einwanderer mobilisierten), und erkunden deren spezielle revolutionäre Fähigkeiten und Kräfte.

Wer sind nun diese Arbeiter, die die Stadt produzieren? Die Bauarbeiter sind die offensichtlichsten Kandidaten, auch wenn sie nicht die einzigen sind und nicht einmal die größte beteiligte Arbeiterschaft darstellen. Als politische Kraft haben die Bauarbeiter in den Vereinigten Staaten (vielleicht auch anderswo) in jüngster Zeit häufig eine großangelegte, aber auf Klasseninteressen beruhende Politik des wirtschaftlichen Wachstums unterstützt, die ihre Beschäftigung sichert. Das muss jedoch nicht so sein. Die Maurer und Baumeister, die Haussmann nach Paris holte, spielten eine wichtige Rolle bei der Gründung und Gestaltung der Pariser Kommune. Die Green-Ban-Streiks der Builders Labourers Federation in New South Wales stoppten in den frühen Siebzigern die Arbeit an Projekten, die die Gewerkschaft für ökologisch unvertretbar hielt. Viele der Aktionen waren von Erfolg gekrönt. Die Gewerkschaft scheiterte letztendlich aus zwei Gründen: Die Staatsmacht ging gegen sie vor, und ihre eigene maoistische Führung hielt Umweltthemen für einen Ausdruck kraftloser bürgerlicher Sentimentalität.¹⁵

Doch es besteht eine nahtlose Verbindung zwischen dem Abbau von Eisenerz, dem Weiterverarbeiten des Erzes zu Stahl, dem Bau von Stahlbrücken und dem Transport von

Waren über diese Stahlbrücken zu den Fabriken und Orten der Konsumtion: All diese Aktivitäten (die räumliche Bewegung inbegriffen) produzieren Wert und Mehrwert. Wenn der Kapitalismus sich, wie wir bereits erkannt haben, oftmals von Krisen erholt, indem »neue Häuser gebaut und diese mit Dingen gefüllt werden«, dann spielt eindeutig jeder, der an diesen Aktivitäten beteiligt ist, die zur Urbanisierung beitragen, eine zentrale Rolle in der makroökonomischen Dynamik der Kapitalakkumulation. Und wenn Wartung, Reparaturen und Erneuerungen (in der Praxis oft kaum voneinander zu unterscheiden) allesamt Teil der Wertproduktion sind (wie Marx behauptet), dann trägt auch die riesige Armee von Arbeitern in unseren Städten, die an diesen Aktivitäten teilhaben, zur Wert- und Mehrwertproduktion bei. In New York sind Tausende Arbeiter damit beschäftigt, Baugerüste aufzustellen und wieder abzubauen. Sie produzieren einen Wert. Wenn außerdem der Fluss der Waren von ihrem Entstehungsort bis zu ihrem Bestimmungsort Wert produziert, worauf Marx ebenfalls beharrt, dann gilt dies auch für die Arbeiter, deren Arbeit Teil der Warenkette im Nahrungsmittelbereich ist, die ländliche Produzenten mit städtischen Konsumenten verbindet. Tausende Lieferwagen verstopfen Tag für Tag die Straßen von New York. Würden diese Arbeiter sich organisieren, hätten sie die Macht, den Stoffwechsel der Stadt zum Erliegen zu bringen. Streiks von Transportarbeitern (wie beispielsweise in den letzten 20 Jahren in Frankreich und nun in Schanghai) sind enorm effiziente politische Waffen (die in Chile im Putschjahr 1973 negativ genutzt wurden). Die Busfahrergewerkschaft in Los Angeles und die Verbände der Taxifahrer in New York und Los Angeles sind Beispiele für Zusammenschlüsse, in denen diese Dimensionen eine Rolle spielen.¹⁶ Als die rebellische Bevölkerung von

El Alto die Hauptversorgungswege nach La Paz abschnitt und die Bourgeoisie dazu zwang, von Abfällen zu leben, erreichte sie bald ihr politisches Ziel. Tatsächlich sind die wohlhabenden Klassen in den Städten nicht unbedingt als Individuen am verwundbarsten, sondern hinsichtlich des Werts der von ihnen kontrollierten Vermögen. Aus diesem Grund rüstet sich der kapitalistische Staat dafür, dass Klassenkämpfe in den nächsten Jahren als militärische Auseinandersetzungen in den Städten geführt werden.

Wir sollten nicht nur die Ströme von Nahrungsmitteln und anderen Konsumgütern betrachten, sondern auch die von Energie, Wasser und anderen lebensnotwendigen Gütern, und ebenso deren Störungsanfälligkeit. Die Produktion und Reproduktion des urbanen Lebens, wenn auch einiges davon nach marxistischen Prinzipien als »unproduktiv« abgetan werden kann, ist doch gesellschaftlich erforderlich, Teil der *faux frais* der Reproduktion der Klassenverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Viele dieser Arbeitsplätze waren schon immer befristet, unsicher, wandernd und prekär; und sehr häufig lassen sie sich nicht eindeutig der Produktion oder Reproduktion zuordnen (wie etwa im Fall der Straßenverkäufer). Neue Organisationsformen sind absolut unerlässlich für diese Arbeitskräfte, die die Stadt produzieren und, ebenso wichtig, reproduzieren. Hier kommen neu entstandene Organisationen ins Spiel, etwa der Excluded Workers Congress in den Vereinigten Staaten, eine Allianz aus Arbeitern in befristeten und ungesicherten Arbeitsverhältnissen, die häufig, wie im Fall der Hausangestellten, über eine ganze Metropolregion verstreut sind.¹⁷

Die Geschichte der konventionellen Arbeitskämpfe – und damit kommen wir zu meinem dritten wichtigen Punkt – muss ebenfalls neu geschrieben werden. Die meisten von

Fabrikarbeitern geführten Kämpfe hatten bei genauerem Hinsehen eine viel breitere Basis. Margaret Kohn etwa bemängelt, dass linke Forscher, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegungen beschäftigen, die Turiner Fabrikräte des frühen 20. Jahrhunderts rühmen und dabei die »Volks-häuser« in der Gemeinde völlig ignorieren, in denen ein großer Teil der Politik gestaltet und wichtige logistische Unterstützung organisiert wurde.¹⁸ Edward Thompson beschreibt, wie die Entstehung der englischen Arbeiterklasse ebenso sehr davon abhing, was in Kirche und Nachbarschaft vor sich ging, wie davon, was am Arbeitsplatz geschah. Die lokalen städtischen Gewerkschaftsverbände spielten eine stark unterschätzte Rolle in der politischen Organisation in Großbritannien. Von der landesweiten Gewerkschaftsbewegung wurde häufig übersehen, dass sie in vielen Fällen die militante Basis der aufkeimenden Labour Party und anderer linker Organisationen in bestimmten Städten verankerten.¹⁹ Wie erfolgreich wäre 1937 der Sitzstreik von Flint im US-Bundesstaat Michigan gewesen, wenn die Massen der Arbeitslosen und die Nachbarschaftsorganisationen vor den Toren nicht unermüdlich ihre moralische und materielle Unterstützung dargeboten hätten?

Um Arbeitskämpfe durchführen zu können, mussten nicht nur die Arbeiter an ihren Arbeitsstätten organisiert werden. Ebenso wichtig war es, die Nachbarschaften einzubinden. Eine der Stärken der Fabrikbesetzungen in Argentinien, die auf den Kollaps von 2001 folgten, bestand darin, dass die gemeinschaftlich verwalteten Fabriken auch in nachbarschaftliche Kultur- und Bildungszentren verwandelt wurden: Sie schlugen Brücken zwischen der Gemeinde und dem Arbeitsplatz. Wenn frühere Besitzer versuchten, die Arbeiter zu vertreiben oder die Maschinen zurückzer-

ubern zu lassen, solidarisierte sich oftmals die gesamte Bevölkerung mit den Arbeitern, um dies zu unterbinden.²⁰ Als die Gewerkschaft Unite Here Angestellte der Hotels rund um den größten Flughafen in Los Angeles zu mobilisieren versuchte, verließen sie sich dabei stark »auf zahlreiche Kontakte zu politischen, religiösen und anderen Verbündeten innerhalb der Gemeinde, die einen Zusammenschluss bildeten«, der den repressiven Strategien der Arbeitgeber entgegenwirken konnte.²¹ Doch es gibt auch warnende Beispiele: Bei den britischen Bergarbeiterstreiks der siebziger und achtziger Jahre gaben diejenigen Arbeiter dem Druck als Ersten nach, die in zerstreuten urbanisierten Gebieten wie Nottingham lebten, während diejenigen in Northumbria, wo Arbeitsplatz- und Wohnraumpolitik miteinander verknüpft wurden, ihre Solidarität bis zum Ende aufrechterhielten.²² Ich werde das Problem, das derartige Umstände aufwerfen, später aufgreifen.

In dem Maß, in dem traditionelle Arbeitsplätze in vielen Teilen der sogenannten fortgeschrittenen kapitalistischen Welt verschwinden (wenn auch natürlich nicht in China oder Bangladesch), wird es für die Organisation der Arbeiter immer wichtiger, die Arbeitsbedingungen sowie die Bedingungen am Wohnort in den Mittelpunkt zu stellen und Brücken zwischen beiden zu schlagen. Doch so war es auch schon oft in der Vergangenheit. Verbrauchergenossenschaften unter der Kontrolle von Arbeitern boten wichtige Unterstützung während des Generalstreiks in Seattle von 1919. Als der Streik beendet wurde, verlagerte sich der Kampfgeist und es wurde ein ausgefeiltes und dicht vernetztes System aus hauptsächlich von Arbeitern kontrollierten Verbrauchergenossenschaften entwickelt.²³

Indem wir unser Blickfeld erweitern und nun das gesam-

te soziale Milieu betrachten, in dem Kämpfe ausgefochten werden, wandelt sich auch das Verständnis davon, wer das Proletariat sein könnte und wie seine Ziele und organisatorischen Strategien aussehen könnten. Die Geschlechterzusammensetzung in der oppositionellen Politik sieht ganz anders aus, wenn Verhältnisse außerhalb der herkömmlichen Fabrik (sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort) berücksichtigt werden. Die gesellschaftliche Dynamik am Arbeitsplatz ist eine andere als die am Wohnort. Auf letzterem Terrain haben sich Unterschiede basierend auf Geschlecht, Hautfarbe, Ethnizität, Religion und Kultur oftmals tiefer in das gesellschaftliche Gefüge eingebrannt, während Fragen der sozialen Reproduktion eine bedeutendere, vielleicht sogar dominante Rolle bei der Gestaltung von politischen Subjektivitäten und politischem Bewusstsein spielen. Umgekehrt produziert die Art und Weise, in der das Kapital die Menschen nach ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe und Geschlecht unterscheidet und spaltet, deutliche Ungleichheiten bei der ökonomischen Dynamik der Enteignung des Wohnraums (was wiederum mit der Zirkulation von Geld- und Warenkapital zu tun hat). Während der durchschnittliche Haushalt in den Vereinigten Staaten von 2005 bis 2009 insgesamt 28 Prozent seines Vermögens verlor, waren es bei Hispanoamerikanern 66 Prozent, bei Schwarzen 53 Prozent, bei Weißen waren es dagegen nur 16 Prozent. Der Klassencharakter der ethnischen Diskriminierung der Akkumulation durch Enteignung und die unterschiedlichen Auswirkungen dieser Diskriminierung auf das Leben in einzelnen Stadtvierteln könnten nicht offensichtlicher sein, insbesondere da die meisten der Verluste auf fallende Immobilienwerte zurückzuführen sind.²⁴ In nachbarschaftlichen Räumen können die tiefgehenden kulturellen Bande, die

etwa in Ethnizität, Religion, Kulturgeschichte oder kollektivem Gedächtnis verwurzelt sind, jedoch genauso oft verbinden wie trennen und Formen sozialer sowie politischer Solidarität ermöglichen, die sich gänzlich von denen unterscheiden, die für gewöhnlich in den Arbeitsstätten entstehen.

1954 produzierte eine Gruppe von Hollywood-Autoren und -Regisseuren, die man auf eine schwarze Liste gesetzt hatte, den wunderbaren Film *Das Salz der Erde* (sie gehörten zu den sogenannten Hollywood Ten, zehn Drehbuchautoren und Regisseure, die sich geweigert hatten, vor dem Komitee für unamerikanische Umtriebe auszusagen). Er basiert auf Ereignissen, die sich 1951 in New Mexico zutragen, und zeigt den Kampf von mexikanischstämmigen Arbeitern und ihren Familien, die in einer Zinkmine auf schlimmste Weise ausgebeutet werden. Die Arbeiter fordern die Gleichstellung mit den weißen Arbeitern, sicherere Arbeitsbedingungen, und sie verlangen, mit Würde behandelt zu werden (ein wiederkehrendes Thema in vielen antikapitalistischen Kämpfen). Die Frauen leiden, weil es der männerdominierten Gewerkschaft nicht gelungen ist, häusliche Anliegen wie sanitäre Anlagen und fließendes Wasser in den bereitgestellten Unterkünften zu forcieren. Als die Arbeiter für ihre Forderungen in den Streik treten, ihnen jedoch auf Grundlage des Taft-Hartley-Gesetzes verboten wird, Streikposten aufzustellen, bilden die Frauen die Streikposten (nachdem sie sich gegen den Widerstand der Männer durchgesetzt haben). Die Männer müssen auf die Kinder aufpassen und lernen auf die harte Tour, wie wichtig fließendes Wasser und sanitäre Anlagen für ein annehmbares häusliches Alltagsleben sind. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und ein feministisches Bewusstsein treten als entscheidende

Waffen im Klassenkampf hervor. Als die Sheriffs eintreffen, um die Posten zu räumen, versorgen andere Familien die Streikenden nicht nur mit Lebensmitteln, sondern bringen sie auch zurück in ihre Unterkünfte (ihre Unterstützung basiert eindeutig auf einer kulturell verwurzelten Solidarität). Das Unternehmen, das die Zinkmine besitzt, muss am Ende klein begeben. Die überwältigende Macht der Einheit zwischen den Geschlechtern, ethnischer Zugehörigkeit, Arbeit und Privatleben ist nicht leicht aufzubauen, und im Film ist die Spannung zwischen Männern und Frauen, zwischen angloamerikanischen und mexikanischstämmigen Arbeitern und zwischen arbeitsbezogenen und alltäglichen Perspektiven ebenso maßgeblich wie die zwischen Arbeit und Kapital. Erst wenn Einheit und Gleichheit unter allen Arbeitern herrschen, so führt uns der Film vor Augen, ist der Kampf zu gewinnen. Die Gefahr, die von dieser Botschaft für das Kapital ausging, lässt sich anhand der Tatsache bemessen, dass dies der einzige Film ist, dessen kommerzielle Vorführung in den Vereinigten Staaten jemals systematisch über viele Jahre hinweg aus politischen Gründen verboten wurde. Die meisten Darsteller waren keine professionellen Schauspieler; viele waren Mitglieder der Bergarbeitergewerkschaft. Doch die glänzende professionelle Hauptdarstellerin Rosaura Revueltas wurde nach Mexiko abgeschoben.²⁵

In einem kürzlich erschienenen Buch behaupten Bill Fletcher und Fernando Gapasin, die Arbeiterbewegung müsse ihre Aufmerksamkeit mehr auf geografische als auf branchenspezifische Organisationsformen richten – die Bewegung in den Vereinigten Staaten solle neben der Organisation in den jeweiligen Wirtschaftszweigen die zentralen Gewerkschaftsräte in den Städten stärken.

Insofern als die Arbeiterbewegung über Klassenangelegenheiten spricht, sollte sie sich nicht als abgetrennt von der Gemeinschaft begreifen. Der Begriff *Arbeiterbewegung* sollte in der Arbeiterklasse verwurzelte Organisationsformen mit Programmen bezeichnen, die ausdrücklich die Klasseninteressen der Arbeiter voranbringen. In diesem Sinne ist eine in der Arbeiterklasse verwurzelte Gemeinschaftsorganisation (etwa ein Arbeiterzentrum), die klassenspezifische Probleme angeht, ebenso sehr Teil der Arbeiterbewegung wie eine Gewerkschaft. Um noch ein Stückchen weiterzugehen, verdient eine Gewerkschaft, die sich nur mit den Interessen eines einzigen Teils der Arbeiterklasse befasst (etwa eine rassistische Berufsgewerkschaft), die Bezeichnung *Arbeiterorganisation* weniger als eine Organisation innerhalb der Gemeinde, die Arbeitslose oder Obdachlose unterstützt.²⁶

Daher schlagen sie vor, die Arbeiterschaft auf eine andere Weise zu organisieren, die

sich im Wesentlichen über die derzeitigen Methoden der Gewerkschaften hinwegsetzt, Allianzen bildet und politisch aktiv wird. Tatsächlich hat sie folgende Grundprämisse: *Wenn sich der Klassenkampf nicht auf den Arbeitsplatz beschränkt, sollten Gewerkschaften dies auch nicht tun.* Die strategische Schlussfolgerung daraus ist, dass Gewerkschaften versuchen müssen, ganze Städte und nicht bloß die Arbeiter in bestimmten Arbeitsstätten (oder Branchen) zu organisieren. Und die Organisation von Städten ist nur möglich, wenn Gewerkschaften mit verbündeten Kräften im urbanen Raum zusammenarbeiten.²⁷

Die Frage, die die Autoren diesen Ausführungen anschließen, lautet: Wie organisiert man denn nun eine Stadt? Dies scheint mir eine der Schlüsselfragen zu sein, die die Linke beantworten muss, wenn dem antikapitalistischen Kampf in den nächsten Jahren neues Leben eingehaucht werden soll.

Diese Kämpfe können, wie wir gesehen haben, auf eine bemerkenswerte Geschichte zurückblicken. Das rote Bologna der siebziger Jahre mag uns als eine Inspirationsquelle dienen. Tatsächlich gibt es eine lange und beeindruckende Geschichte des »Munizipal sozialismus« und sogar ganze Phasen radikaler urbaner Reformen, wie etwa im roten Wien oder im Großbritannien der zwanziger Jahre, als radikale lokale Gemeinderäte zu einiger Macht gelangten. Wir müssen sie als zentrale Elemente der Geschichte des linken Reformismus sowie noch revolutionärer Bewegungen begreifen.²⁸ Es ist eine merkwürdige Ironie der Geschichte, dass die Kommunistische Partei Frankreichs sich von den sechziger Jahren an bis zum heutigen Tag viel mehr in der Gemeindeverwaltung ausgezeichnet hat (unter anderem weil sie keine dogmatische Theorie besaß oder Instruktionen aus Moskau bekam, denen sie folgen musste), als in anderen Bereichen des politischen Lebens. Die britischen Gewerkschaftsräte spielten auch eine wichtige Rolle in der Stadtpolitik und verankerten die militante Kraft linker Parteien auf lokaler Ebene. Diese Tradition setzte sich in den Kämpfen der britischen Stadtverwaltungen gegen den Thatcherismus in den frühen achtziger Jahren fort. Es handelte sich dabei nicht bloß um Rückzugsgefechte. Wie im Fall des Greater London Councils unter Ken Livingstone in den frühen Achtzigern waren sie hin und wieder innovativ – bis Margaret Thatcher die Bedrohung erkannte, die vom stadtbasierten Widerstand ausging, und diese gesamte Ebene des Regierens abschaffte. Sogar Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin hatte viele Jahre lang eine sozialistische Verwaltung, und es ist bemerkenswert, dass der einzige Sozialist, der je in den US-Senat gewählt wurde, seine Karriere als Bürgermeister von Burlington im Bundesstaat Vermont begann, wo er das Vertrauen der Bürger erwarb.

Das Recht auf Stadt als politische Klassenforderung

Wenn die an der Pariser Kommune Beteiligten ihr Recht auf die Stadt reklamierten, bei deren Produktion sie gemeinsam mitgeholfen hatten, weshalb kann »das Recht auf Stadt« dann nicht zu einer zentralen Parole für die Mobilisierung des antikapitalistischen Kampfes werden? Das Recht auf Stadt ist, wie zu Beginn festgestellt, ein leerer Signifikant voller immanenter, doch nicht transzendenter Möglichkeiten. Das soll nicht heißen, dass er irrelevant oder politisch ohne Wirkung wäre; alles hängt davon ab, wer den Signifikanten mit einer revolutionären statt einer reformistischen immanenten Bedeutung zu füllen vermag.

Zwischen reformistischen und revolutionären Initiativen im urbanen Umfeld lässt sich nicht immer leicht unterscheiden. Der Bürgerhaushalt in Porto Alegre, ökologisch sensible Programme in Curitiba oder die Kampagne für ausreichende Löhne in vielen US-amerikanischen Städten erscheinen reformistisch (und obendrein ziemlich marginal). Die Initiative in Chongqing, die ich im zweiten Kapitel beschrieben habe, klingt zunächst einmal mehr nach einer autoritären Version des paternalistischen Sozialismus der skandinavischen Länder als nach einer revolutionären Bewegung. Breitet sich jedoch ihr Einfluss aus, enthüllen Initiativen dieser Art tieferliegende Möglichkeiten für radikalere Konzepte und Aktionen im großstädtischen Maßstab. Etwa die sich ausbreitende, neu belebte Rhetorik zum Recht auf Stadt (die in den neunziger Jahren in Brasilien ihren Ursprung hatte und von dort aus über Zagreb bis Hamburg und Los Angeles wanderte) scheint anzudeuten, dass revolutionärere Ereignisse in naher Zukunft möglich sind.²⁹ Die verzweifelten Versuche der bestehenden politischen Kräfte

(etwa der NGOs und internationalen Institutionen wie der Weltbank, die sich 2010 beim World Urban Forum in Rio versammelten), diese Sprache für ihre eigenen Ziele zu vereinnahmen, zeigen, wie ernst diese Möglichkeit zu nehmen ist.³⁰ So wie Marx Beschränkungen der täglichen Arbeitszeit als ersten Schritt auf dem Weg zur Revolution ansah, kann die Forderung nach angemessenem Wohnraum und einem annehmbaren Lebensumfeld für alle als erster Schritt hin zu einer umfassenderen revolutionären Bewegung verstanden werden.

Die versuchte Vereinnahmung zu beklagen hat keinen Zweck. Die Linke sollte sie als Kompliment begreifen und für ihre eigene, unverkennbare immanente Bedeutung kämpfen: All jene, deren Arbeitskräfte an der Produktion und Reproduktion der Stadt beteiligt sind, haben nicht nur ein gemeinsames Recht auf das, was sie produzieren, sondern auch darauf, zu entscheiden, welche Art von Stadtleben wo und wie hergestellt werden soll. Alternative demokratische Instrumente (die sich von der bestehenden Demokratie abheben, in der das Geld einen derart großen Einfluss hat), wie etwa Volksversammlungen, müssen eingerichtet werden, wenn das urbane Leben wiederbelebt und außerhalb der herrschenden Klassenverhältnisse neu gestaltet werden soll.

Das Recht auf Stadt ist kein exklusives individuelles Recht, sondern ein kollektives Recht. Es schließt nicht nur die Bauarbeiter ein, sondern auch all jene, die die Reproduktion des Alltagslebens ermöglichen: die Pflege- und Lehrkräfte, die Arbeiter, die Abwasserkanäle und U-Bahn instandsetzen, die Installateure und Elektriker, die Gerüstbauer und Kranführer, die Krankenhausangestellten und Lastwagen-, Bus- und Taxifahrer, das Restaurantpersonal

und die Unterhaltungskünstler, die Bank- und Stadtverwaltungsangestellten. Es strebt nach Einheit innerhalb einer unglaublichen Vielfalt an fragmentierten sozialen Räumen und Orten, die eine auf die Spitze getriebene Arbeitsteilung charakterisieren. Und es gibt viele Organisationsformen – von Arbeiterzentren und regionalen Arbeiterversammlungen (wie die in Toronto) bis zu Bündnissen (wie die Bündnisse für das Recht auf Stadt, der Excluded Workers Congress und andere Organisationsformen prekärer Arbeit), die dieses Ziel auf ihrem politischen Radar haben.

Doch aus offensichtlichen Gründen handelt es sich um ein kompliziertes Recht. Nicht nur die gegenwärtigen Umstände der kapitalistischen Urbanisierung tragen dazu bei, sondern auch die Eigenschaften der Menschen, die ein solches Recht aktiv einfordern könnten. Murray Bookchin etwa vertrat die plausible Auffassung (die auch auf den Architekturkritiker Lewis Mumford und viele andere zurückzuführen ist, die von der sozialanarchistischen Denktradition beeinflusst waren), dass die kapitalistischen Prozesse der Urbanisierung die Stadt als funktionierendes Gemeinwesen zerstört haben, auf das eine zivilisierte antikapitalistische Alternative aufbauen könnte.³¹ In gewisser Weise stimmt Lefebvres dem zu, wenngleich er größeren Nachdruck auf die Rationalisierungen des urbanen Raums durch staatliche Bürokraten und Technokraten legt, die damit die Reproduktion der Kapitalakkumulation und der herrschenden Klassenverhältnisse begünstigen. Das Recht auf den heutigen Vorort ist kaum ein brauchbarer antikapitalistischer Slogan.

Aus diesem Grund darf das Recht auf Stadt nicht als Recht auf das bereits Existierende ausgelegt werden, sondern als Recht darauf, die Stadt als sozialistisches Gemeinwesen nach einem völlig anderen Bild umzubauen und neu

zu erschaffen – einem, das Armut und soziale Ungleichheit beseitigt und die Wunden einer verheerenden Umweltzerstörung heilt. Damit dies geschehen kann, muss die Produktion der destruktiven Formen der Urbanisierung, die eine andauernde Kapitalakkumulation ermöglichen, aufgehalten werden.

Für etwas in dieser Art plädierte Murray Bookchin, als er für den sogenannten »libertären Kommunalismus« eintrat, eingebettet in eine Konzeption regionaler, ökologisch bewusster und miteinander verbundener kommunaler Versammlungen, die ihren Austausch untereinander sowie mit der Natur vernünftig regeln. An diesem Punkt überschneidet sich die Welt der Realpolitik mit der langen Geschichte größtenteils anarchistisch inspirierten utopischen Denkens und Schreibens über die Stadt auf fruchtbare Art und Weise.³²

In Richtung urbane Revolution

Drei Thesen ergeben sich aus dieser Geschichte. Erstens haben Arbeitskämpfe, von Streiks bis hin zu Fabrikübernahmen, wesentlich größere Erfolgsaussichten, wenn sie eine starke und lebhafte Unterstützung durch populäre Kräfte aus dem Volk erfahren, die sich in der umgebenden Nachbarschaft oder Gemeinde versammeln (die Unterstützung durch einflussreiche lokale Führungspersonen und deren politische Organisationen inbegriffen). Dies setzt voraus, dass starke Verbindungen zwischen Arbeitern und lokaler Bevölkerung bereits bestehen oder rasch aufgebaut werden können. Solche Verbindungen können ganz »natürlich« entstehen, einfach deswegen, weil die Familien der Arbeiter die

Gemeinde bilden (wie es etwa in vielen Bergbaugemeinden von der Art, die in *Das Salz der Erde* porträtiert werden, der Fall ist). Doch in einer zerstreuten urbanen Umgebung bedarf es bewusster politischer Bemühungen zur Gestaltung, Erhaltung und Stärkung solcher Verbindungen. Wo diese nicht existieren, wie bei den Streiks der Bergarbeiter im englischen Nottinghamshire in den achtziger Jahren, müssen sie erzeugt werden. Andernfalls werden solche Bewegungen mit viel größerer Wahrscheinlichkeit scheitern.

Zweitens muss sich der Begriff der Arbeit verändern: weg von einer engen Definition, die nur Formen industrieller Arbeit umfasst, hin zu einer sehr viel weiteren Auffassung von Arbeit, die die Produktion und Reproduktion eines zunehmend urbanisierten Alltagslebens einschließt. Die Unterscheidung zwischen Kämpfen, die in erster Linie in den Arbeitsstätten und um sie herum ausgefochten werden, und Kämpfen, die auf Gemeindeebene stattfinden, beginnt zu verschwimmen. Das gilt auch für die Vorstellung, Klasse und Arbeit würden am Ort der Produktion definiert, isoliert von der sozialen Reproduktion im Haushalt.³³ Die Menschen, die fließendes Wasser in unsere Häuser bringen, sind ebenso wichtig im Kampf für eine bessere Lebensqualität wie diejenigen, die die Rohre und Wasserhähne in den Fabriken herstellen. Jene, die Nahrungsmittel in die Stadt bringen (die Straßenverkäuferinnen mitgezählt), sind genauso wichtig wie jene, die sie anbauen. Und diejenigen, die Nahrungsmittel für den Verzehr zubereiten (die Mais- und Hotdog-Verkäufer auf der Straße oder diejenigen, die sich am heimischen Herd oder am offenen Feuer abrackern), fügen dem Essen ebenfalls Wert zu. Die kollektive Arbeit, die an der Produktion und Reproduktion des urbanen Lebens beteiligt ist, muss daher mehr in linkes Denken und Organisieren ein-

bezogen werden. Auch Unterscheidungen, die früher einmal sinnvoll waren – zwischen dem Urbanen und dem Dörflichen, der Stadt und dem Land –, sind in jüngster Zeit fraglich geworden. Die Versorgungskette sowohl in die Städte hinein als auch aus ihnen heraus bringt eine ständige, pausenlose Bewegung mit sich. Vor allen Dingen müssen die Begriffe »Arbeit« und »Klasse« grundlegend neu definiert werden. Der Kampf um kollektive Bürgerrechte (wie die der eingewanderten Arbeitskräfte) muss als fester Bestandteil des antikapitalistischen Klassenkampfes verstanden werden.

Diese revitalisierte Konzeption des Proletariats umfasst die mittlerweile gewaltigen informellen Teile der Wirtschaft, in denen die Menschen durch befristete und ungesicherte Arbeitsverhältnisse sowie eine unorganisierte Arbeiterschaft gekennzeichnet sind. Von diesen Verhältnissen betroffene Bevölkerungsgruppen haben, wie sich gezeigt hat, in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei urbanen Aufständen und Revolten gespielt. Ihr Handeln war nicht immer linksgerichtet (doch das können auch nicht alle Berufsgewerkschaften von sich behaupten). Häufig sind sie den Schmeicheleien einer instabilen oder autoritären charismatischen Führung erlegen (ob säkular oder religiös). Daher wurde die Politik solcher desorganisierter Gruppen von der traditionellen Linken oft fälschlicherweise als Politik des »urbanen Mobs« abgetan (in der marxistischen Literatur noch unglücklicher als »Lumpenproletariat« bezeichnet), der so sehr gefürchtet wie einbezogen werden muss. Es ist unerlässlich, dass diese Bevölkerungsgruppen nun als entscheidender Faktor für die antikapitalistische Politik betrachtet werden, statt sie davon auszuschließen.

Schließlich muss es zwar weiterhin für jede antikapitalistische Bewegung von zentraler Bedeutung sein, die Ausbeu-

tung lebendiger Arbeit in der Produktion (im bereits definierten weiteren Sinne) zu beseitigen. Doch die Kämpfe dagegen, dass der Wohnraum der Arbeiter der Rückgewinnung und Realisierung von Mehrwert dient, müssen denselben Stellenwert einnehmen wie die Kämpfe an den verschiedenen Orten der Produktion der Stadt. Wie bei Arbeitern, deren Beschäftigung befristet und ungesichert ist, stellt uns die Ausweitung des Klassenkampfes in diese Richtung vor organisatorische Probleme. Wie wir sehen werden, bietet sie jedoch auch unzählige Möglichkeiten.

»Wie organisiert man denn nun eine Stadt?«

Die ehrliche Antwort auf die Frage von Fletcher und Gapsin lautet: Wir wissen es einfach nicht. Das ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass noch nicht gründlich genug über diese Frage nachgedacht worden ist, und zum anderen gibt es keine systematischen historischen Aufzeichnungen sich herausbildender politischer Praktiken, aus denen man irgendwelche Verallgemeinerungen ableiten könnte. Selbstverständlich hat es kurze Perioden gegeben, in denen mit sozialistischer »Gas und Wasser«-Verwaltung oder einem noch kühneren urbanen Utopismus experimentiert wurde, etwa in der Sowjetunion der zwanziger Jahre.³⁴ Doch vieles davon verblasste schnell im Reformismus des sozialistischen Realismus oder im Paternalismus des sozialistischen/kommunistischen Modernismus (von dem in Osteuropa viele bewegende Überreste zu sehen sind). Das meiste von dem, was wir heute über urbane Organisation wissen, stammt aus traditionellen Theorien und Untersuchungen städtischen Regierens und städtischer Verwaltung innerhalb des Kontextes

bürokratisch-kapitalistischer Gouvernamentalität (über die Lefebvre ganz zu Recht endlos schimpfte). Das ist weit entfernt von der Organisation einer antikapitalistischen Politik. Das Beste, was wir haben, ist eine Theorie der Stadt, in der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt werden, mit allem, was hinsichtlich der Entscheidungsfindung, die unter solchen Umständen möglich ist, dazugehört (die hin und wieder, wenn sie von progressiven Kräften übernommen wird, die rabiateren Formen der kapitalistischen Entwicklung anfechten und zumindest auf lokaler Ebene damit beginnen kann, die Fragen der lähmenden und eklatanten sozialen Ungleichheit und Umweltzerstörung anzugehen, wie es in Porto Alegre geschehen ist und in Ken Livingstones Greater London Council versucht wurde). Zudem gibt es reichlich Literatur (heute normalerweise eher lobend statt kritisch) zu den Vorzügen eines konkurrenzorientierten unternehmerischen Handelns auf Stadtebene, bei dem Verwaltungen eine Vielzahl von Anreizen nutzen, um Investitionen anzulocken (sprich zu subventionieren).³⁵

Wie ließe sich also Fletchers und Gapasins Frage auch nur ansatzweise beantworten? Eine Möglichkeit ist die Untersuchung einmaliger Beispiele urbaner politischer Praktiken unter revolutionären Umständen. Ich schließe also mit einem zusammenfassenden Blick auf die jüngsten Ereignisse in Bolivien, auf der Suche nach Hinweisen darauf, wie urbane Aufstände mit antikapitalistischen Bewegungen verknüpft werden können.

In den berühmten »Wasserkriegen« von 2000 wurde in den Straßen und auf den Plätzen von Cochabamba gegen neoliberale Privatisierung gekämpft. Die Regierungspolitik wurde zurückgewiesen, und zwei große internationale Unternehmen – Bechtel und Suez – wurden vertrieben. In El

Alto, einer lebendigen Stadt auf der Hochebene über La Paz, entstanden Widerstandsbewegungen, die den pro-neoliberalen Präsidenten Sánchez de Lozada im Oktober 2003 zum Abdanken zwangen. Sein Nachfolger Carlos Mesa musste 2005 zurücktreten. Mit all dem wurde der Weg für den landesweiten Wahlsieg des progressiven Evo Morales im Dezember 2005 bereitet. In Cochabamba wurde 2007 auch eine Konterrevolution der konservativen Eliten gegen die Präsidentschaft von Evo Morales verhindert. Angesichts des Zorns der indigenen Bevölkerung, die die Stadt besetzt hielt, ergriff die konservative Stadtverwaltung die Flucht.

Wie immer ist es schwer, den speziellen Einfluss der lokalen Bedingungen auf diese einmaligen Ereignisse zu verstehen und abzuschätzen, welche allgemeinen Prinzipien (wenn es sie denn gibt) wir aus deren Untersuchung ableiten können. Dieses Problem liegt den widerstreitenden Interpretationen zugrunde, welche universalen Lehren sich aus der Pariser Kommune von 1871 ziehen lassen. Konzentriert man sich auf das heutige El Alto, hat man jedoch den Vorteil, dass es sich dabei um einen noch andauernden Kampf handelt, der daher offen für beständige politische Befragung und Auswertung ist. Es gibt bereits ein paar exzellente aktuelle Analysen, aus denen sich vorläufige Schlüsse ziehen lassen.

Der Politikwissenschaftler Jeffrey Webber zum Beispiel liefert eine stringente Interpretation der Ereignisse in Bolivien in den letzten etwa zehn Jahren.³⁶ Für ihn sind die Jahre von 2000 bis 2005 eine echte revolutionäre Epoche, während das Land in derselben Zeit tief gespalten war zwischen der Elite und dem Volk. Die allgemeine Ablehnung der neoliberalen Politik hinsichtlich der Nutzung der begehrten natürlichen Ressourcen, die von einem Staat verfolgt wurde, den eine traditionelle Elite beherrschte (unterstützt durch

die Mächte des internationalen Kapitals), verschmolz mit dem langjährigen Kampf einer indigenen, größtenteils bäuerlichen Bevölkerung für ihre Befreiung aus rassistischer Unterdrückung. Die Gewalt des neoliberalen Regimes löste Aufstände aus, die 2005 zu Morales' Wahl führten. Die etablierte Elite (die sich insbesondere in Santa Cruz, der größten Stadt Boliviens, versammelt hatte) setzte daraufhin eine konterrevolutionäre Bewegung gegen die Morales-Regierung in Gang, indem sie regionale und lokale Autonomie forderte. Dies war ein interessanter Schachzug, da Ideale der »lokalen Autonomie« in Lateinamerika in den meisten Fällen von der Linken in den Mittelpunkt ihrer Befreiungskämpfe gestellt wurden. Autonomie wurde oft von der indigenen Bevölkerung Boliviens gefordert, und wohlwollende akademische Theoretiker wie Arturo Escobar neigen dazu, eine solche Forderung als grundsätzlich progressiv, wenn nicht gar als notwendige Voraussetzung für eine antikapitalistische Bewegung anzusehen.³⁷ Doch der Fall Boliviens zeigt, dass lokale oder regionale Autonomie von jeder Partei in Anspruch genommen werden kann, die von der Verlagerung des Ortes politischer und staatlicher Entscheidungsfindung auf einen ganz bestimmten Maßstab profitieren würde, der ihre eigenen Interessen begünstigt. Aus diesem Grund etwa schaffte Margaret Thatcher den Greater London Council ab, der ein Zentrum der Opposition zu ihrer Politik war. Und deshalb strebte auch die bolivianische Elite nach Autonomie von Santa Cruz gegenüber der Morales-Regierung, die sie als ihren Interessen feindlich gesinnt ansah. Da sie den staatlichen Raum verloren hatte, strebte sie die Unabhängigkeit ihres lokalen Raumes an.

Während Morales' politische Strategie nach seiner Wahl half, die Macht der indigenen Bewegungen zu festigen, gab

er Webber zufolge die zwischen 2000 und 2005 entstandene klassenbasierte revolutionäre Perspektive faktisch preis. An ihre Stelle trat ein ausgehandelter und verfassungsmäßiger Kompromiss mit Landeigentümern und der kapitalistischen Elite (zudem fügte man sich dem imperialen Druck von außen). Webber erkennt als Folge dessen nach 2005 einen »wiederhergestellten Neoliberalismus« (mit »Andenmerkmalen«) anstelle einer Bewegung in Richtung eines antikapitalistischen Wandels. Die Idee eines sozialistischen Wandels wurde viele Jahre in die Zukunft verlegt. Allerdings hat Morales eine weltweite Führungsrolle in Umweltfragen eingenommen. 2010 bekannte er sich in der Erklärung von Cochabamba zu der beliebten indigenen Vorstellung der »Rechte von Mutter Natur« und nahm diese Rechte in die bolivianische Verfassung auf.

Webbers Ansichten wurden, kaum verwunderlich, von den Unterstützern des Morales-Regimes energisch bestritten.³⁸ Ich kann nicht beurteilen, ob es sich bei Morales' unzweifelhaft reformistischer und konstitutioneller Wende auf Landesebene um eine politische Entscheidung, Opportunismus oder eine Notwendigkeit handelt, die der Struktur der in Bolivien herrschenden Klassenmächte und starkem imperialistischem Druck von außen geschuldet ist. Selbst Webber räumt ein, dass es äußerst waghalsig gewesen wäre, wenn die radikalen Kräfte 2007 bei den von Bauern angeführten Aufständen gegen eine rechtsgerichtete autonome Verwaltung in Cochabamba den Konstitutionalismus der Morales-Regierung bekämpft und die gewählten konservativen Regierungsbeamten, die aus der Stadt geflüchtet waren, dauerhaft durch eine Regierung in Form einer Volksversammlung ersetzt hätten.³⁹

Welche Rolle hat die Organisation in den Städten bei die-

sen Kämpfen gespielt? Die Frage drängt sich auf in Anbetracht der Schlüsselfunktion von Cochabamba und El Alto als Zentren wiederholter Aufstände und der Rolle von Santa Cruz als Mittelpunkt der konterrevolutionären Bewegung. In Webbers Darstellung treten El Alto, Cochabamba und Santa Cruz allesamt lediglich als Schauplätze auf, an denen sich die Kräfte des Klassegegensatzes und der indigenen Volksbewegungen zufällig entfalten. An einer Stelle bemerkt er jedoch, dass

die Arbeiterstadt El Alto – mit ihren reichen aufständischen Traditionen des revolutionären Marxismus der »versetzten« ehemaligen Bergarbeiter und des indigenen Radikalismus der Aymara, Quechua und anderer indigener, vom Land in die Stadt emigrierter Gruppen –, deren Bevölkerung zu 80 Prozent aus Menschen indigener Abstammung besteht, die informellen Beschäftigungen nachgehen, am Höhepunkt der manchmal blutigen Konfrontationen mit dem Staat die wichtigste Rolle spielte.

Außerdem stellt er fest, dass

die Aufstände in ihren besten Momenten durch eine versamlungsartige, demokratische und massenhafte Mobilisierung von unten gekennzeichnet waren, die sich auf die organisatorischen Muster der Trotzlisten und der anarchosyndikalistischen Bergarbeiter – den größten Teil des 20. Jahrhunderts über die Vorreiter der bolivianischen Linken – stützte sowie auf Varianten der indigenen *ayllus* – traditionelle kommunitaristische Strukturen –, angepasst an neue ländliche und urbane Kontexte.⁴⁰

Viel mehr erfahren wir aus Webbers Darstellung allerdings nicht. Die besonderen Bedingungen, die an den verschiedenen Schauplätzen des Kampfes gelten, werden größtenteils übergangen (auch wenn er einen detaillierten Bericht des

Aufstands in Cochabamba von 2007 liefert). Stattdessen beschreibt er die volksnahen Kräfte und die Akteure einer linken Klassenpolitik, die in ganz Bolivien vor dem Hintergrund des imperialistischen Drucks von außen in Bewegung sind. Daher lohnt es, die Untersuchungen der Anthropologinnen Lesley Gill und Sian Lazar zu betrachten, die jeweils gründliche Schilderungen der Verhältnisse, sozialen Beziehungen und mutmaßlichen Organisationsformen liefern, die in El Alto zu verschiedenen historischen Zeitpunkten vorherrschten. Gills 2000 veröffentlichte Analyse *Teetering on the Rim* beschreibt detailliert die Verhältnisse in den neunziger Jahren, während Lazars 2010 veröffentlichte Untersuchung *El Alto, Rebel City* auf Feldstudien in El Alto sowohl vor als auch nach dem Aufstand von 2003 basiert.⁴¹ Weder Gill noch Lazar sahen die Möglichkeit eines Aufstandes voraus, bevor er stattfand. Zwar dokumentierte Gill viele politische Aktivitäten in den Neunzigern, aber die Bewegungen waren so zersplittert und schlecht organisiert (besonders angesichts der negativen Rolle der NGOs, die den Staat als Hauptanbieter von sozialen Dienstleistungen ersetzt hatten), dass eine einheitliche Massenbewegung ausgeschlossen schien, auch wenn der heftig ausgefochtene Lehrerstreik, der während ihrer Feldstudien stattfand, unter explizit klassenbewussten Aspekten geführt wurde. Lazar wurde ebenfalls von der Rebellion im Oktober 2003 überrascht und kehrte danach zurück nach El Alto, um zu versuchen, die Umstände zu rekonstruieren, die zu ihr geführt hatten.

El Alto ist kein gewöhnlicher Ort, und es ist wichtig, seine Besonderheiten zu erläutern.⁴² Es ist eine relativ junge Einwandererstadt (erst 1988 wurde sie zu einer eigenständigen Stadt) auf dem unwirtlichen Altiplano hoch über La

Paz. Die Bevölkerung besteht hauptsächlich aus Bauern, die von der sukzessiven Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Produktion von ihrem Land vertrieben wurden; aus Fabrikarbeitern ohne Heim und Arbeit (besonders jenen aus den Zinnminen, die ab Mitte der achtziger Jahre rationalisiert, privatisiert und in einigen Fällen geschlossen worden waren); und aus einkommensschwachen Flüchtlingen aus La Paz, wo hohe Grundstücks- und Wohnkosten ärmere Menschen seit einigen Jahren dazu drängten, sich an anderen Orten nach Wohnraum umzusehen. Daher gab es in El Alto kein fest verwurzeltcs Bürgertum wie etwa in La Paz und Santa Cruz. In Gills Worten ist es eine Stadt, »in der viele Opfer des noch andauernden Experimentierens mit Reformen für einen freien Markt in Bolivien ums Überleben kämpfen«. Der stetige Rückzug des Staates aus Verwaltung und Versorgung mit Dienstleistungen infolge der neoliberalen Privatisierung seit Mitte der achtziger Jahre bedeutete, dass lokale staatliche Kontrollen relativ schwach waren. Um zu überleben, musste sich die Bevölkerung aufraffen und selbst organisieren oder auf die fragwürdige Hilfe der NGOs bauen, die durch Spenden und Gefälligkeiten ergänzt wurde, die die politischen Parteien im Gegenzug für die Unterstützung bei Wahlen gewährten. Doch drei der vier Hauptversorgungswege nach La Paz führen durch El Alto, und die Macht, sie abzuschneiden zu können, wurde ein wichtiger Bestandteil der aufkommenden Kämpfe. Das Stadt-Land-Kontinuum (den ländlichen Teil beherrschte eine indigene bäuerliche Bevölkerung mit besonderen kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Organisationsformen, wie die von Webber erwähnten *ayllus*) war ein wichtiger Bestandteil des Stoffwechsels der Stadt. El Alto vermittelte zwischen dem urbanen Raum von La Paz und dem ländlichen Raum

der Region, sowohl in geografischer Hinsicht als auch in ethnisch-kultureller. Menschen- und Warenströme durch die gesamte Region zirkulierten um und durch die Stadt. Gleichzeitig war La Paz auf Arbeitskräfte im Niedriglohnbereich aus El Alto angewiesen, die täglich zwischen den Städten pendelten.

Ältere Formen der kollektiven Organisation der Arbeiterschaft in Bolivien waren in den achtziger Jahren auseinandergebrochen, als die Zinnminen geschlossen wurden. Zuvor bildeten sie jedoch »eine der militantesten Arbeiterklassen Lateinamerikas«. ⁴³ Die Bergarbeiter spielten bei der Revolution von 1952, die zur Verstaatlichung der Zinnminen führte, eine Schlüsselrolle. 1978 bereiteten sie den Weg für den Sturz des repressiven Regimes von Hugo Banzer. Viele der entlassenen Bergarbeiter landeten nach 1985 in El Alto und hatten Gills Darstellung zufolge große Schwierigkeiten, sich an ihre neue Situation anzupassen. Später sollte sich allerdings zeigen, dass ihr politisches Klassenbewusstsein, angetrieben von Trotzismus und Anarchosyndikalismus, nicht vollkommen verschwunden war. Beginnend mit dem von Gill im Detail untersuchten Lehrerstreik von 1995 sollte es in den folgenden Kämpfen zu einer bedeutenden Ressource werden (wie bedeutend genau ist allerdings umstritten). Doch die Politik der Bergarbeiter wandelte sich in wichtigen Hinsichten. Da ihnen keine andere Wahl blieb, als »schlecht bezahlte und nicht abgesicherte Arbeit anzunehmen, wie die große Mehrheit der Einwohner El Altos auch«, veränderte sich ihre Situation. Ihre eigene Solidarität stand früher außer Frage und es war eindeutig geklärt, wer der Klassenfeind ist. Nun mussten die Bergarbeiter eine andere und viel schwierigere strategische Frage beantworten: »[W]ie können sie in El Alto eine Form der Solidarität innerhalb

einer ethnisch breitgefächerten sozialen Anhängerschaft gestalten, die durch weitgehend unterschiedliche individuelle Geschichten, ein Mosaik aus Arbeitsbeziehungen und erbitertes internes Konkurrenzdenken gekennzeichnet ist?«⁴⁴

Dieser Übergang, der den Bergarbeitern durch die Neoliberalisierung aufgezwungen wurde, betrifft keineswegs nur Bolivien oder El Alto. Vor demselben Dilemma stehen auch entlassene Stahlarbeiter in Sheffield, Pittsburgh und Baltimore. Tatsächlich tritt es überall dort zutage, wo die Mitte der siebziger Jahre ausgelöste große Welle der Deindustrialisierung und Privatisierung angekommen ist. Wie man ihm in Bolivien entgegentrat, ist also von mehr als nur flüchtigem Interesse.

»Neuartige Gewerkschaftsstrukturen sind entstanden«, schreibt Lazar,

insbesondere unter Bauern und Arbeitern im informellen Sektor in den Städten [...]. Sie basieren auf Vereinigungen von Kleinbauern, Mikrokapitalisten gar, die nicht für nur einen Chef an nur einem Ort arbeiten, wo sie das Militär leicht ins Visier nehmen kann. Ihr Haushaltsproduktionsmodell ermöglicht ihnen fließende soziale Zusammenschlüsse, doch es erlaubt ihnen auch, Bündnisse zu schließen und Organisationen zu gründen, die standortbasiert sind; auf der Straße, in der sie verkaufen, auf dem Dorf oder der Region, in der sie leben und Landwirtschaft betreiben, und, wenn man die *Vecino*-Organisationsstrukturen in den Städten hinzunimmt, auf ihrem jeweiligen Wohngebiet.

Als Quelle der Zusammengehörigkeit wird die Verbindung zwischen Menschen und Orten dabei enorm wichtig. Während diese Verbundenheit genauso oft agonistisch wie harmonisch sein kann, bestehen häufige und damit von Anfang an starke persönliche Kontakte.

Gewerkschaften florieren in der informellen Wirtschaft El Altos und bilden einen entscheidenden Teil der städtischen Organisationsstruktur, die neben der staatlichen Struktur existiert und die mehrstufige Bürgerschaft in der Stadt formt. Dies geschieht in einem Kontext, in dem der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen Individuen auf die Spitze getrieben wird und in dem man daher erwarten würde, dass ein politisches Zusammenwirken schwierig, wenn nicht gar unmöglich wäre.

Obwohl die sozialen Bewegungen häufig bitteren internen Streitigkeiten und Machtkämpfen zum Opfer fallen, »haben sie begonnen, eine kohärentere Ideologie aus den besonderen Forderungen der verschiedenen Sektoren zu bilden.«⁴⁵ Das verbliebene kollektive Klassenbewusstsein und die organisatorische Erfahrung der entlassenen Bergarbeiter wurden damit zu einer entscheidenden Ressource. Wo sie verbunden wurden mit Praktiken lokaler Demokratie, die auf indigenen Traditionen basieren, bei denen Versammlungen für eine lokale und vom Volk ausgehende Entscheidungsfindung (*ayllus*) einberufen werden, wurden die subjektiven Bedingungen für die Erzeugung alternativer politischer Vereinigungen partiell verwirklicht. Im Ergebnis »bildet sich die Arbeiterklasse in Bolivien als politisches Subjekt neu, *allerdings nicht in ihrer traditionellen Form*«. ⁴⁶

Auch Hardt und Negri greifen diesen Punkt auf, wenn sie sich den bolivianischen Kampf zur Untermauerung ihrer Theorie der Multitude zunutze machen:

Es ist eine Entwicklung, die alle Hegemonie- und Repräsentationsverhältnisse innerhalb der Arbeiterklasse in Frage stellt. Auch den traditionellen Gewerkschaftsorganisationen ist es nicht mehr möglich, die komplexe Vielfalt von Klassensubjekten und -erfahrungen angemessen zu vertreten. Die Verschiebung bedeutet dabei keineswegs einen Abschied von der Ar-

beiterklasse oder gar ein Verschwinden ihrer Kämpfe, sondern vielmehr eine zunehmende Vielfalt des Proletariats und eine neue Physiognomie der Kämpfe.⁴⁷

Lazar stimmt dieser theoretischen Reformulierung teilweise zu, liefert aber sehr viel detailliertere Ausführungen darüber, wie die Bewegung der Arbeiterklasse konstituiert wird. Ihrer Ansicht nach ist »der verschachtelte Zusammenschluss einer Allianz aus Verbindungen mit ihren je eigenen lokalen Formen der Verantwortlichkeit eine der Kraftquellen der sozialen Bewegungen in Bolivien«. Diese Organisationen waren oft hierarchisch und manchmal auch autoritär statt demokratisch. Doch »wenn wir Demokratie als Willen des Volkes verstehen, können wir die Aspekte der bolivianischen Politik, bei denen es um eine gemeinsame Entscheidungsfindung geht, als eine ihrer demokratischsten (wenn auch nicht notwendigerweise egalitärsten) Traditionen begreifen«. Die antikapitalistischen Siege, beispielsweise die Vertreibung mächtiger Feinde wie die Unternehmen Bechtel und Suez, »wären nicht möglich gewesen ohne die alltäglichen Erfahrungen mit kollektiver Demokratie, die Teil des gewöhnlichen Lebens der Alteños sind«.⁴⁸

Nach Lazar umfasst Demokratie in El Alto drei verschiedene Elemente. Die Nachbarschaftsverbände sind ortsgelundene Organisationen, die nicht nur den Zweck haben, kollektive lokale Güter zu beschaffen, sondern auch die vielen Konflikte zu schlichten, die zwischen den Anwohnern auftreten. Die übergreifende Föderation der Nachbarschaftsverbände ist in erster Linie ein Forum zur Beilegung von Konflikten zwischen den Nachbarschaften. Dies ist eine klassische »verschachtelt hierarchische« Form, jedoch eine, in der alle möglichen, von Lazar im Detail untersuchten Me-

chanismen existieren, um sicherzustellen, dass die Anführer entweder wechseln oder ihrer Basis treu bleiben (ein Prinzip, das der US-Politik vor Erscheinen der Tea-Party-Bewegung ein Gräuelpiel war).

Das zweite Element sind die branchenspezifischen Vereinigungen verschiedener Bevölkerungsgruppen, etwa der Straßenverkäuferinnen, Transportarbeiter und anderer. Und wieder besteht ein Großteil der Arbeit dieser Vereinigungen darin, Konflikte (etwa zwischen einzelnen Straßenhändlern) zu schlichten. Auf diese Weise organisieren sich prekäre Beschäftigte im sogenannten informellen Sektor (eine Lektion, die sich die »Excluded Workers«-Bewegung in den Vereinigten Staaten zu Herzen nehmen sollte). Diese Organisationsform hat durch die Versorgungskette von beispielsweise Fisch und Lebensmitteln aus der Umgebung eine große Reichweite. Durch diese Verknüpfungen ist sie in der Lage, die bäuerliche und ländliche Bevölkerung der Umgebung einfach und unverzüglich für Aufstände zu mobilisieren – oder, umgekehrt, in der Stadt umgehende Reaktionen auf Massaker und Repressionen auf dem Land zu organisieren. Diese geografischen Bande sind stark und überschneiden sich mit denen der Nachbarschaftsverbände, denen viele bäuerliche Migrantenfamilien angehören, während sie die Verbindung zu ihren Herkunftsdörfern aufrechterhalten.

Drittens gibt es Gewerkschaften im traditionellen Sinne, am wichtigsten die der Lehrer, die seit dem Streik von 1995 mit zu den militantesten gehört (so wie auch in Oaxaca in Mexiko). Die Gewerkschaften verfügen über eine lokale, regionale und landesweite Organisationsstruktur, die in Verhandlungen mit dem Staat weiterhin funktioniert, auch wenn sie durch den neoliberalen Angriff auf feste Beschäftigungsverhältnisse und traditionelle Formen der Gewerk-

schaftsorganisation in den vergangenen 30 Jahren stark geschwächt worden ist.

Doch in El Alto ist noch etwas anderes am Werk, und Lazar gibt sich große Mühe, es in ihre Analyse einzubeziehen. Zugrunde liegende Werte und Ideale sind besonders mächtig und werden häufig durch kulturelle Ereignisse und Aktivitäten – Fiestas, religiöse Feste, Tanzveranstaltungen – sowie durch direktere Formen der kollektiven Beteiligung wie die Volksversammlungen (in den Nachbarschaften und innerhalb der formellen und informellen Gewerkschaften) aufrechterhalten und zum Ausdruck gebracht. Diese Formen kultureller Solidarität und kollektiver Erinnerungen ermöglichen es den Vereinigungen, Spannungen zu überwinden »und ein kollektives Selbstgefühl zu befördern, das sie wiederum zu wirksamen politischen Subjekten werden lässt«.49 Die größte Spannung besteht zwischen Führerschaft und Basis. Sowohl ortsgebundene als auch branchenspezifische Organisationsformen weisen diesbezüglich ähnliche Charakteristika auf: Die Basis »versucht, kollektive Werte gegen den vermeintlichen Individualismus der Anführer durchzusetzen«. Die Mechanismen sind komplex, doch in Lazars Darstellung scheint es viele informelle Mittel zu geben, um Probleme von Kollektivismus und Individualismus, Solidarität und internen Streitigkeiten zu lösen. Darüber hinaus sind die »gewerkschaftlichen« und die »kommunitaristischen« Organisationsformen keine getrennten Traditionen, sondern verschmelzen häufig kulturell durch die »synkretistische Aneignung von politischen Traditionen, die aus der Gewerkschaftsbewegung, einer volksnahen Politik sowie den indigenen demokratischen Werten und Praktiken schöpft. Die kreative Zusammenführung dieser unterschiedlichen Stränge ermöglichte es El Alto, seine poli-

tische Marginalisierung auf Landesebene zu überwinden und ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.«⁵⁰ Diese Arten von Verbindungen »fügen sich in bestimmten Momenten zusammen, wie in Cochabamba im Jahr 2000, bei den von Bauern organisierten Blockaden der Hochebene Aльтиplano im April und September 2000, in El Alto und La Paz im Februar und Oktober 2003 und in El Alto von Januar bis März 2005«.

Lazar behauptet, El Alto sei hauptsächlich wegen der Art und Weise, wie in der Stadt das Bürgerbewusstsein erzeugt wurde, zu einem solch bedeutenden Schwerpunkt für diese neue Politik geworden. Dies ist ein wichtiger Aspekt, da er auf die Möglichkeit von Klassen- und indigenen Aufständen hindeutet, die auf der Grundlage einer Solidarität organisiert werden, die auf gemeinsamen bürgerschaftlichen Idealen fußt. Historisch gesehen war dies natürlich auch schon immer ein zentrales Merkmal der revolutionären Tradition in Frankreich. In El Alto besteht dieses Zugehörigkeits- und Solidaritätsgefühl in einer

vermittelten Beziehung zwischen Bürgern und Staat, die geprägt ist von der Struktur einer kollektiven bürgerlichen Organisation, die parallel zu den staatlichen Strukturen auf Ebene der Wohngebiete, Städte und des Landes existiert. Die herrschende politische Partei [...] verlor 1999 ihren Einfluss auf diese Organisationen und die Stadt allgemein, wodurch eine oppositionelle Haltung entstehen konnte; zudem waren die *Alteños* aufgrund zunehmender wirtschaftlicher Not radikalisiert worden. Die Proteste im September und Oktober 2003 sowie in den folgenden Jahren verdanken ihre Stärke diesen speziellen politischen Umständen, zusammen mit sehr viel länger bestehenden Prozessen der Identifikation mit der ländlichen Gegend und der Konstruktion eines kollektiven Selbstgefühls.

Lazar kommt zu dem Schluss, dass

Bürgerschaft in der indigenen Stadt El Alto eine Mischung aus Stadt und Land, Kollektivismus und Individualismus, Egalitarismus und Hierarchie umfasst. Die dort produzierten alternativen Vorstellungen von Demokratie haben landesweite und regionale indigene Bewegungen dadurch wiederbelebt, dass sie klassenbasierte und nationalistische Interessen mit Identitätspolitik kombinieren, indem sie über den Besitz der Mittel zur sozialen Reproduktion und die Beschaffenheit des Staates streiten.

Die beiden Gemeinschaften, die für sie in dieser Hinsicht besonders hervorstachen, »bilden sich rund um den Wohnraum auf nachbarschaftlicher oder städtischer Ebene und die Arbeitsstätten auf städtischer Ebene.«⁵¹ Durch die Idee der Bürgerschaft (*citizenship*) werden agonistische Beziehungen sowohl am Arbeitsplatz als auch am Wohnort in eine mächtige Form der gesellschaftlichen Solidarität umgewandelt.

Diese verschiedenen gesellschaftlichen Prozesse (die nicht zu romantisieren Lazar im Gegensatz zu einem großen Teil der akademischen Linken bemüht ist) hatten eine einzigartige Auswirkung darauf, wie die Stadt selbst betrachtet wurde. Lazar schreibt:

Es ist angebracht, sich zu fragen, was El Alto zu einer Stadt macht anstelle eines Slums, eines Vororts, eines Marktplatzes oder eines Verkehrsknotenpunkts. Meine Antwort lautet, dass verschiedene Akteure, sowohl im staatlichen System als auch an nichtstaatlichen Stellen, dabei sind, eine unverkennbare und eigenständige Identität für El Alto zu schaffen. Diese Identität ist natürlich nicht singulär, sondern vermehrt verbunden mit politischem Radikalismus und Indigenität.

Und es war »die Umwandlung dieser Identität und des daraus entstehenden politischen Bewusstseins in politisches Handeln«, die El Alto als einer »rebellischen Stadt« 2003 und 2005 nicht nur landesweite, sondern internationale Aufmerksamkeit bescherte.⁵²

Aus Lazars Darstellung lässt sich die Lehre ziehen, dass es tatsächlich möglich ist, aus den lähmenden Prozessen der neoliberalen Urbanisierung heraus eine politische Stadt zu errichten und damit die Stadt für den antikapitalistischen Kampf zurückzuerobern. Die Ereignisse vom Oktober 2003 sollten zwar verstanden werden als »ein äußerst zufälliges Aufeinandertreffen verschiedener sektoraler Interessen, das sich rasch zu etwas weit Größerem auswuchs, als die Regierung dem Militär befahl, die Demonstranten zu töten«. Doch die Organisation dieser sektoralen Interessen und das Erzeugen eines Verständnisses der Stadt als »ein Zentrum des Radikalismus und der Indigenität« in den vorhergehenden Jahren dürfen nicht ignoriert werden.⁵³ Die Organisation informeller Beschäftigter nach dem Muster der traditionellen Gewerkschaften, das Zusammenwirken der Föderation der Nachbarschaftsverbände, die Politisierung der Beziehungen zwischen Stadt und Land, das Einrichten verschachtelter Hierarchien und Führungsstrukturen neben Versammlungen von Gleichen, die Mobilisierung der Kräfte von Kultur und kollektivem Gedächtnis – all dies liefert Denkmodelle für bewusste Handlungsmöglichkeiten zur Rückeroberung der Städte für den antikapitalistischen Kampf. Die Organisationsformen, die in El Alto zusammenkamen, erinnern tatsächlich stark an manche der Formen, die sich in der Pariser Kommune bündelten (die Arrondissements, die Gewerkschaften, die politischen Lager, starker Bürgerschaftssinn und Loyalität gegenüber der Stadt).

Das alles kann im Fall von El Alto als Ergebnis zufällig zusammenwirkender Umstände angesehen werden, doch weshalb sollten wir nicht darüber nachdenken, eine derartige stadtweite antikapitalistische Bewegung bewusst aufzubauen? Stellen wir uns beispielsweise vor, in New York würden die heute größtenteils schläfrigen Community Boards als Nachbarschaftsversammlungen mit der Berechtigung zur Budgetvergabe wiederbelebt; das Bündnis zum Recht auf Stadt und der Excluded Workers Congress würden sich zusammenschließen und sich für mehr Einkommensgleichheit, Zugang zur Gesundheitsversorgung und Bereitstellung von Wohnraum einsetzen; all das verbünde sich mit einem wiedererstarkten lokalen Gewerkschaftsrat, um zu versuchen, die Stadt und das Bürgerbewusstsein und die soziale sowie ökologische Gerechtigkeit aus dem Trümmerhaufen wieder aufzubauen, den die von Unternehmen getriebene neoliberale Urbanisierung hinterlassen hat. Die Geschichte El Altos legt nahe, dass ein solcher Zusammenschluss nur stattfinden kann, wenn die Kräfte der Kultur und einer politisch radikalen Tradition (die in New York mit Sicherheit existiert, wie auch in Chicago, San Francisco und Los Angeles) so mobilisiert werden können, dass sie die Bürgersubjekte (auch wenn sie störrisch sind, wie in New York tatsächlich immer der Fall) dazu bringen, ein Urbanisierungsprojekt zu unterstützen, das sich gänzlich von dem unterscheidet, das von den Klasseninteressen der Bauunternehmer und Finanziers beherrscht wird, die entschlossen sind, zu »bauen wie Robert Moses, aber mit Jane Jacobs im Hinterkopf«.

Doch es gibt einen extrem wichtigen Narren in diesem ansonsten rosigen erscheinenden Szenario für die Entwicklung

des antikapitalistischen Kampfes. Wenn Webber auch nur zur Hälfte recht hat, demonstriert der bolivianische Fall nämlich auch, dass jeder antikapitalistische Antrieb, der durch fortlaufende urbane Rebellionen mobilisiert wird, an einem bestimmten Punkt in einem größeren Ausmaß an All-gemeingültigkeit konsolidiert werden muss, damit er nicht auf staatlicher Ebene in einen parlamentarischen und verfassungsmäßigen Reformismus zurückverfällt, der wenig mehr bewirken kann, als den Neoliberalismus innerhalb der Zwischenräume der anhaltenden imperialen Herrschaft zu rekonstruieren. Dies wirft generellere Fragen auf, nicht nur zum Staat und den staatlichen institutionellen Arrangements von Recht, Überwachung und Verwaltung, sondern auch zum staatlichen System, in das alle Staaten eingebettet sind. Die heutige Linke stellt sich diese Fragen größtenteils leider nur zögerlich, auch wenn sie von Zeit zu Zeit mühsam eine Form der Makroorganisation entwickelt, wie etwa Murray Bookchins radikalen »Konföderalismus« oder Elinor Ostroms verhalten reformistische »polyzentrische Governance«, die verdächtig nach einem staatlichen System aussieht, sich wie ein staatliches System anhört und mit ziemlicher Sicherheit wie ein staatliches System handeln wird, welche Absichten ihre Anhänger auch haben mögen.⁵⁴ Eine andere Möglichkeit ist das Verfallen in die Art von Inkohärenz, die Hardt und Negri in *Common Wealth* den Staat auf Seite 368 zerschlagen lässt, nur um ihn auf Seite 387 als Garanten für einen universellen Mindestlebensstandard sowie für allgemeine Gesundheitsversorgung und Bildung wieder aufstehen zu lassen.⁵⁵

Doch genau hier wird die Frage danach, wie man eine ganze Stadt organisieren kann, so entscheidend. Sie befreit progressive Kräfte, die auf die Mikroebene der kämpfenden

Arbeiterkollektive und Solidarwirtschaften (so wichtig diese auch sein mögen) beschränkt sind, und zwingt uns eine ganz neue theoretische und praktische Herangehensweise an eine antikapitalistische Politik auf. Aus einer kritischen Perspektive ist es möglich, die Gründe dafür auszumachen, weshalb Ostroms Präferenz für »polyzentrisches Regieren« scheitern muss, ebenso wie Bookchins »konföderativer« libertärer Kommunalismus. »Würde die gesamte Gesellschaft als Konföderation eigenständiger Kommunen organisiert«, schreibt Iris Marion Young, »was würde dann die Entwicklung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit im großen Stil unter den Gemeinden [wie im dritten Kapitel beschrieben] verhindern und damit die Unterdrückung von Einzelnen, die nicht in den privilegierten und mächtigeren Gemeinden leben?«⁵⁶ Solch ein Ergebnis können wir nur vermeiden, wenn irgendeine höhere Autorität jene kommunenübergreifenden Transfers anordnen und durchsetzen würde, die zumindest die Chancen und vielleicht auch die Ergebnisse annähernd angleichen würden. Murray Bookchins konföderatives System autonomer Kommunen würde dies mit großer Sicherheit nicht leisten können, insofern als diese Ebene des Regierens von der Gestaltung der Politik ausgeschlossen ist. Sie ist begrenzt auf die Verwaltung und das Regieren von Dingen, aber faktisch ausgeschlossen vom Regieren von Menschen. Die einzige Art und Weise, wie allgemeine Regeln etwa der Umverteilung des Wohlstands zwischen den Gemeinden aufgestellt werden können, ist entweder durch demokratischen Konsens (der, wie wir aus geschichtlicher Erfahrung wissen, kaum freiwillig und ohne Zwang erreicht wird) oder durch Bürger als demokratische Subjekte mit Entscheidungsgewalt auf verschiedenen Ebenen innerhalb einer Struktur der hierarchischen Regierung. Selbstverständ-

lich gibt es keinen Grund, aus dem alle Macht in einer solchen Hierarchie von oben nach unten fließen sollte, und es lassen sich gewiss Mechanismen entwickeln, um Diktatur oder Autoritarismus zu verhindern. Doch es ist einfach eine Tatsache, dass gewisse Probleme etwa des Allgemeinwohls erst in einem bestimmten Maßstab sichtbar werden, weshalb es nur angemessen ist, dass demokratische Entscheidungen in diesem Maßstab getroffen werden. Von diesem Standpunkt aus sollte die Bewegung in Bolivien ihren Blick gen Süden wenden, um sich inspirieren zu lassen. Dort wandelte sich die anfänglich auf Santiago de Chile konzentrierte Studentenbewegung, die vom Staat die Bereitstellung von freier und egalitärer Bildung fordert, in eine antineoliberale Allianz von Bewegungen, die vom Staat eine Verfassungsreform, verbesserte Pensionsrückstellungen, neue Arbeitsgesetze und ein progressives Personen- und Körperschaftssteuersystem verlangen, die das Abgleiten in eine immer größere soziale Ungleichheit in der chilenischen Zivilgesellschaft aufhalten sollen. Die Frage nach dem Staat und insbesondere nach der Art des Staates (oder des nichtkapitalistischen Äquivalents dazu) kann trotz des gegenwärtigen Skeptizismus sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Bezug darauf, ob eine solche Form der Institutionalisierung funktionsfähig oder wünschenswert ist, nicht umgangen werden.

Staatsbürgerschaft und Rechte innerhalb eines Gemeinwesens höherer Ordnung stehen nicht unbedingt im Gegensatz zu Klasse und Kampf. Staatsbürger und Genosse können im antikapitalistischen Kampf gemeinsam marschieren, wenn sie auch häufig in verschiedenen Maßstäben wirken. Dies kann jedoch nur geschehen, wenn wir, wie Park vor langer Zeit forderte, ein besseres »Bewusstsein für die Na-

tur unserer Aufgabe« entwickeln, die darin besteht, aus den Ruinen der destruktiven kapitalistischen Urbanisierung gemeinsam die sozialistische Stadt zu erbauen. Dies ist die Stadtluft, die Menschen wirklich frei machen kann. Doch dafür braucht es eine Revolution der antikapitalistischen Theorie und Praxis. Progressive antikapitalistische Kräfte können globale Koordination leichter für eine Mobilisierung nutzen, wenn sie urbane Netzwerke in Anspruch nehmen, die hierarchisch sein können, aber nicht monozentrisch, kollektivistisch, aber dennoch demokratisch, egalitär und horizontal, systemisch verschachtelt und föderiert (stellen Sie sich einen Bund sozialistischer Städte vor, so wie die Hanse einst zum Netzwerk wurde, das die Macht des Handelskapitalismus nährte), intern uneinig und umkämpft, doch solidarisch gegen die kapitalistische Klassenmacht – und, vor allen Dingen, zutiefst verpflichtet dem Kampf zur Schwächung und letztlich zum Sturz der Macht der kapitalistischen Wertgesetze auf dem Weltmarkt, die gesellschaftlichen Beziehungen zu diktieren, in denen wir arbeiten und leben. Eine solche Bewegung muss den Weg bereiten für menschliches Gedeihen jenseits der Zwänge der Klassenherrschaft und der kommodifizierten Marktbestimmungen. Wie Marx betonte, beginnt die Welt der wahren Freiheit erst, wenn solche materiellen Zwänge überwunden sind. Die Städte für die antikapitalistischen Kämpfe zurückzuerobern und zu organisieren ist ein großartiger Ansatzpunkt.